

Keine Aussichten in der Kolonialfrage
Erklärungen der englischen Regierung
Die Situation in Warschau
Der Krieg in Abessinien
Neue Genossenschafts-Entscheidung des Obergerichts
Stürmische Versammlung der Fischer

DANZIGER

Volkstimme

Einzelpreis 20P. oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandauer 6, Fernsprechamt 287 03, Schriftleitung 215 60, Bezugswort monatl. 3,- G., wöchentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3,- G. monatl.; für Kommerzien 5,-, Bloß. Anzeigen: 1 mm 0,16 G.; Reklamen: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang

Mittwoch, den 22. April 1936

Nr. 94

Erklärungen im englischen Unterhaus - Ausweichende Antwort auf deutsche Forderung

Keine Aussichten in der Kolonialfrage

Vor kurzem hat der englische Ministerpräsident Baldwin erklärt, es sei leider festzustellen, daß die Demokratie der Welt gegenüber um zwei Jahre zurück sei. Eine Anspielung auf die deutsche Aufrüstung, mit der vor zwei Jahren begonnen sei und der England während dieser Zeit nicht die genügende Aufmerksamkeit gewidmet habe. Nun geht Großbritannien daran, in schnellstem Tempo das Versäumnis nachzuholen. Nach einer propagandistischen Vorbereitung im Lande hat am gestrigen Dienstag die englische Regierung im Unterhaus die Mittel angefordert, um die Aufrüstung finanzieren zu können. Die Beratung des Haushalts gehört in dem demokratischen England zu den wichtigsten Funktionen des Parlamentes, wie übrigens in jedem anderen Lande, das auf die Kontrolle durch die Volkserziehung aufgebaut ist, auch über Staatsdebatten sind im englischen Unterhaus „große Tage“ erster Ordnung. Der diesjährige Haushaltsplan wird von der politischen Öffentlichkeit des Landes nun um so ausgiebiger diskutiert, als er jedem Bürger den Ernst der Lage vor Augen führt. Der Schatzkanzler Chamberlain hat dann auch im Rundfunk wie im Unterhaus seinen Fehlspruch gemacht, daß die Aufrüstung jetzt und in Zukunft Opfer fordern werde. Auch er hat auf die Tatsache hingewiesen, daß die vergangenen Regierungen nur das unbedingt Notwendigste für die Rüstung getan hätten, und daß es nun darauf ankomme, die englische Rüstung so schnell wie möglich auf einen Stand zu bringen, der der veränderten europäischen Situation gerecht wird.

Auch der Kriegsminister Duff Cooper hat — in einem Vortrag in Manchester — zu einer Vergrößerung der regulären Armee aufgerufen. Er unterstrich, daß die jetzige europäische Situation ernst sei als im Jahre 1914. Diese Situation läge sehr nahe. Je früher die britische Nation sich darüber Rechenschaft gebe, um so besser werde es für sie und für die ganze Welt sein. Die Aussichten darauf, daß wir bei irgendeinem Streit abseits stehen könnten, sind heute viel kleiner als irgendwann. Wir müssen den Ereignissen ins Gesicht sehen und die Verantwortung übernehmen.

Neben der Finanzierung des Aufrüstungsprogramms ist in der gestrigen Unterhausdebatte auch wieder die Kolonialfrage angeschnitten worden. Der Sprecher der Regierung hat keinen Zweifel daran gelassen, daß England nicht daran denkt, irgendeine seiner Kolonien abzutreten. Deutschland dürfe da keinen „falschen Eindruck“ bekommen. Wenn jemand Rohstoffe wünsche, bitte, England wolle sie gern verkaufen, aber Kolonien? England beabsichtige nicht, diese Frage anzuschneiden.

Großer Tag im Unterhaus

Der gestrige erste Sitzungstag des englischen Unterhauses nach den Osterferien war der Rede des Schatzkanzlers über das Haushaltsjahr 1936/37 gewidmet. Er bezeichnete es als eine erkaufte Tatsache, daß es gelungen sei, im alten Haushalt einen Ueberschuß von 2,9 Millionen Pfund zu erzielen, während sein Voranschlag nur auf 500 000 Pfund gelaugt habe. Dabei müsse man bedenken, daß für die Nachtragshaushalte nur 4 Millionen Pfund veranschlagt wurden, wogegen tatsächlich 40 Millionen Pfund benötigt worden seien. Der Schatzkanzler zog aus dieser Entwicklung den Schluß,

daß sich der Wohlstand des Landes allgemein verbessert und das wirtschaftliche Leben Englands eine weitere Ausdehnung erfahren habe.

Im vergangenen Jahre habe sich die Staatsschuld um 4,5 Millionen Pfund und die schwelende Schuld um 51 Millionen Pfund vermindert. Für die Schuldentilgung seien keine zusätzlichen Maßnahmen getroffen.

Für das neue Haushaltsjahr hat der Schatzkanzler einen Betrag von 20 Millionen Pfund für weitere Rüstungsbedürfnisse (davon 10 Millionen Pfund für die Ersatzkräfte) bereitgestellt. Hinzu kommen dann noch die eigentlichen Voranschläge für die drei Waffengattungen, die bereits vor einigen Wochen veröffentlicht wurden. Nachdem Chamberlain die Erwartung ausgesprochen hatte, daß die Staatseinnahmen auch im kommenden Jahre zunehmen würden, entwickelte er den eigentlichen Haushalt, der für 1936 einfaßl. der Ergänzungsvorlage auf der Ausgabe Seite mit einem Gesamtbetrag von 797,8 Millionen Pfund abschließt. Auf der Einnahmenseite: erwartet der Schatzkanzler einen Gesamtbetrag von 776,8 Millionen Pfund. Hieraus würde sich ein rechnerischer Fehlbetrag von fast 21,5 Millionen Pfund ergeben. Der Schatzkanzler erhofft jedoch von einer Änderung des Gesetzes über die Verhinderung von Steuerhinterziehungen sowie von einigen anderen finanziellen Erlassungen eine Erhöhung der Einnahmen.

Was die Finanzierung des künftigen Aufrüstungsprogramms angeht, so wäre es nach den Worten Chamberlains unannehmlich, die gesamten Kosten auf die nächsten fünf Jahre zu verteilen. Falls es nicht gelinge, ein Abstrichabkommen zu erzielen,

würden die Mehrausgaben schnell ihren Höhepunkt erreichen, ohne wieder auf ihren alten Stand zurückzufallen.

In künftigen Jahren müsse ein Teil dieser Ausgaben aus Anleihen aufgebracht werden.

Am Beginn des neuen Haushaltsjahres, so schloß Chamberlain, deuteten, wenn man von den Verwicklungen der europäischen Lage absehe, alle Anzeichen auf eine Rückkehr der Prosperitätswelle hin. Leider sei es ihm trotzdem nicht möglich gewesen, dem Steuerzahler irgendeine große Erleichterung zu gewähren. Stattdessen habe er um neue Opfer bitten müssen. Das sei für ihn eine große Enttäuschung.

Die Rede des Schatzkanzlers fand nicht den in früheren Jahren üblichen Beifall. Besonders die Anhebung über eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer sowie über die vermehrten Zeesölle erregten Ueberraschung auf allen Seiten des Hauses.

Kritik der Opposition

In der kurzen Aussprache wurde der Haushalt des Schatzkanzlers zum Teil scharf kritisiert. Major Atlee (Arbeiterpartei) erklärte, es handele sich um einen Haushalt, der schließlich zum Kriege führen würde. Der aus dem Niederlande der englischen Wirtschaft erzielte Gewinn werde voll und ganz zur Aufrüstung verwandt. Der Haushalt beweise den völligen Fehlschlag der Außenpolitik der Regierung.

Sir Archibald Sinclair (Liberal) erklärte, die Finanzaussichten seien schlechter als seit dem Jahre 1931 und dem Weltkrieg. Der Teufel sei für die Masse der Bevölkerung eine große Härte. Sinclair nannte die Vorlage einen Haushalt der betrogenen Erwartungen.

Die Hauptansprache über den Haushalt findet erst Mittwoch oder Donnerstag statt.

Die Kosten für Abessinien

Im Unterhaus wurde am Dienstag die Regierung gefragt, ob sie die bisherigen Kosten der von ihr infolge des italienisch-abessinischen Konfliktes getroffenen Maßnahmen zu Lande, zu Wasser und in der Luft bekanntgeben könne. Der Vertreter des Schatzamtes teilte mit, daß in den Zusatzaushalten annähernd 7 Millionen Pfund für diese Maßnahmen bis zum 31. März 1936 vorgesehen seien.

England und seine Kolonien

Die Regierung denkt nicht daran, die Frage einer etwaigen Neuverteilung anzuschneiden.

Im englischen Unterhaus fand gestern Abend noch eine Aussprache über die Frage der Mandatsgebiete statt. Der konservative Abg. Wise forderte von der Regierung eine eindeutige Erklärung. Ueber die Kronkolonien habe sich die Regierung zwar geäußert, nicht aber über die Mandatsgebiete. Es handele sich besonders um Tanganjika.

Der konservative Abgeordnete und frühere Kolonialminister Amery widersprach der Auffassung, daß Deutschland ein Recht auf einige der Mandatsgebiete habe.

Der konservative Abgeordnete Hauptmann Guesst betonte, daß Kenia und Tanganjika heute eine verwaltungsmäßige Einheit bilden.

Der oppositionelle Arbeiterführer Grenfell widersprach der von Wise vertretenen Auffassung, daß England Tanganjika auf friedlichem Wege erworben habe. Der Redner stellte sich auf den Standpunkt, daß die Frage dieser Besitzungen auf dem Wege einer freundschaftlichen Vereinbarung zwischen den Nationen der Welt geregelt werden müsse.

Der Minister für die Dominien, Thomas, der vor der Unterhausdebatte zwei Unterredungen mit Baldwin hatte, erwiderte, daß er die Opposition vor Gehankengängen, wie sie Grenfell vorgebracht habe, warnen müsse.

Deutschland dürfe keinen falschen Eindruck bekommen.

Es könne bei der Uebernahme der Mandatsgebiete durch England jeden Rohstoff heute zu genau den gleichen Bedingungen erhalten wie England. Für die Erschließung Tanganjikas seien 9 Millionen Pfund ausgegeben worden. Er habe einer großen Firma, die jetzt ein weiteres Kapital in Höhe von einer Million Pfund in Tanganjika anlegen wolle, geantwortet, daß er, soweit es sich um die politische Lage handele, keinen Grund sehe, davon abzuraten.

Sollte ein Land — Deutschland oder ein anderes — irgendeine behaupten, so führte der Redner weiter aus, daß es sich — soweit es sich um die Mandatsgebiete handele — nicht sämtlicher Vorrechte und Vorteile erkreue, deren sich England erkreue, so entspreche diese Behauptung nicht den Tatsachen. England habe das seiner Pflicht anvertraute Gebiet fair und gut verwaltet. Die Eingeborenen, für die England jetzt verantwortlich sei, begräßen seine Verwaltung. Wenn die Frage der Uebertragung irgendeines Mandats jemals aufstünde — bis jetzt sei es nicht der Fall, und er möchte klar machen, daß England diese Frage nicht anschnitten werde —, so werde England nicht allein zu entscheiden haben, da

Australien, Neuseeland und Südafrika Mandate hätten und die britische Regierung die Auslieferung irgendwelcher ihrer Mandate nicht erwägen werde, solange nicht gleichzeitig die ganze Frage der Empire-Mandate überprüft werde.

Darüber hinaus gehe diese Frage auch Frankreich und Belgien an. Das Unterhaus, so hoffe er, werde diese Frage nicht nur vom Standpunkt des Lauscha Handels ansehen, sondern sich daran erinnern, daß es ein großes menschliches Problem sei. Die Eingeborenen müßten befragt und ihre Interessen erwogen werden. Die Politik der Regierung laute: Wir haben diese Frage nicht erwogen und erwägen sie nicht. Es wird aber unsere Pflicht sein, die Umstände zu prüfen, wenn irgendwelche anderen Leute die Frage „aufwerfen“.

Die Regierung verteidigt sich

Ein Sieg Italiens keine Niederlage Englands

Am Schluß der gestrigen Unterhausdebatte ergriff Lord Cranborne als Vertreter der Regierung das Wort, um auf die Bemerkungen einiger Abgeordneter zum italienisch-abessinischen Krieg zu antworten.

Lord Cranborne führte aus, es sei ebenso unweise wie unnahe, wenn man behaupte, daß ein Sieg Italiens, den man als eine Niederlage des Völkerbundes betrachten könne, auch eine Niederlage Großbritanniens genannt werden könne. England betrachte sich lediglich als getreues Mitglied des Völkerbundes. Wenn der Völkerbund im Januar eine Delfperre ohne Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten verhängt hätte, so würde das nicht die gute Wirkung gehabt haben, auf die einige Abgeordnete jetzt verwiesen. Die englische Regierung habe keinen Grund gehabt, anzunehmen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit gewesen wäre, mit den Völkerbundstaaten in der Delffrage gemeinsame Sache zu machen. Von einigen Seiten sei der Vorschlag gemacht worden, daß Großbritannien den Suezkanal sperren und von sich aus eine Delfperre durchführen solle. Eine solche Politik wäre zwar heldenhaft, aber da sie nicht kollektiv wäre, so würde sie auch nicht der gegenwärtigen Krise gerecht werden. Die Regierung sei sich der ernsten Lage bewußt und wünsche die Tatsachen in Abessinien weder zu übersehen noch zu verkleinern. Das neue Ideal eines internationalen Systems brauche aber unvermeidlich Zeit, um es durchzuführen.

Die andere Seite der Aufrüstung

Schatzkanzler Chamberlain hielt gestern Abend einen Rundfunkvortrag über den von ihm am Nachmittag eingebrachten neuen Haushaltsplan. Chamberlain sagte, es sei nicht seine Schuld, daß der diesjährige Haushalt weniger angenehm sei als im Vorjahre, aber man dürfe aus Gründen der Vorsicht die Reorganisation der Verteidigung Englands nicht weiter hinausschieben. Die Rüstung werde England ein gutes Stück Geld kosten, und man könne nicht die ganzen Lasten dafür der kommenden Generation aufbürden. Seit vielen Jahren sei für die Rüstung von den verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen nur ein wirkliches Minimum von Ausgaben gemacht worden, was dazu geführt habe, daß jetzt die Kriegsschiffe veraltet seien, die Armee keine modernen Waffen und Ausrüstungen besitze und bis vor kurzem die Luftwaffe nur äußerst klein geblieben sei.

Der Sanktionsausfluß vermag

Die Auswirkungen der bisherigen Sanktionen

Der Vorsitzende des Ausschusses (Sanktionsausschuß), de Basconcellos, hat an die Mitglieder des Ausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem er folgendes mitteilt:

„Nach gründlicher Prüfung der gegenwärtigen politischen Lage und nach Befragung der Mitglieder des Ausschusses, die sich zurzeit in Genf aufhalten, bin ich zu dem Schluß gekommen, daß der gegenwärtige Augenblick nicht den geeigneten Zeitpunkt für eine Zusammenkunft darstellt. Unbeschadet der Bemerkungen, die Sie machen könnten, ist es vor der Ausschluß in zeitlicher Nähe der nächsten Sitzung einzuüberlegen, es sei denn, daß ein früheres Datum vorgeschlagen wird oder daß ich selbst ein solches für notwendig halten sollte.“

Gleichzeitig macht Basconcellos den Ausschluß auf die Tatsache aufmerksam, daß die neuesten Ziffern über den Handel mit Italien beweisen, daß die Auswirkungen der Sanktionen immer spürbarer werden. So ist die italienische Einfuhr im Februar 1936, verglichen mit dem gleichen Monat des Jahres 1935, von 14,9 Mill. Golddollar auf 5,8 Mill. und die italienische Ausfuhr von 20,2 auf 10,0 Mill. Golddollar zurückgegangen.

Doch nicht die „letzte Armee“?

Noch keine Entscheidung an der Südfrent

Aus den aus dem italienischen Hauptquartier einlaufenden Meldungen über den Verlauf der Ogdenoffensive

Obergericht und Arbeiterfiedlung

Drei sozialdemokratische Aufsichtsratsmitglieder aus der Arbeiterfiedlungsgenossenschaft zu Unrecht ausgeschlossen — Pg. Gumprecht erlebte eine neue Pleite

In der Arbeiter-Fiedlungsgenossenschaft findet alljährlich im Juni eine Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat statt. Der Aufsichtsrat umfasst neun Mitglieder, von denen in jedem Jahr drei auscheiden und ersetzt werden müssen. Im Sommer 1934 ergab sich bereits, daß die Dinte wieder, wie früher immer, die Mehrheit der Generalversammlung besaß.

Es wurden drei Genossen auf drei Jahre zu Aufsichtsräten gewählt, die dem sozialistischen Flügel angehörten.

Dieses Ergebnis paßte selbstverständlich dem kurz vorher bestellten nationalsozialistischen Vorstand, dessen Vorsitzender übrigens derselbe Herr Gumprecht ist, um dessen Person es sich bei der Freien Bauerngenossenschaft handelt, nicht, und man versuchte mit allen Mitteln, diese drei oppositionellen Aufsichtsräte aus ihren Ämtern zu entfernen. Nach einem Jahr entdeckte man plötzlich, daß das Protokoll über die Aufsichtsratswahl vom 30. Juni 1934 nicht in Ordnung gewesen sei und behauptete,

die drei damals Gewählten seien gar nicht Mitglieder des Aufsichtsrates.

Herr Gumprecht fehlte deshalb auf die Tagesordnung der am 26. Juni 1935 stattfindenden Generalversammlung, daß eine Neuwahl von fünf Aufsichtsratsmitgliedern vorgenommen werde. Zur Vorbereitung dieser Generalversammlung schloß Herr Gumprecht in Gemeinschaft mit dem Rumpf-Aufsichtsrat, zu dessen Sitzung man nämlich die drei Sozialdemokraten nicht zuließ, eine Reihe von Genossen, darunter auch die Aufsichtsräte, aus der Genossenschaft aus und hinderte sie dadurch, an der Generalversammlung teilzunehmen. Andere schätzte man dadurch ein, daß man ihnen die Wohnungen kündigte. Der Vorstand nahm in immer steigendem Umfange kramme Nationalsozialisten als Genossen neu auf und gab ihnen die Wohnungen der Bekündigten. Unter diesen merkwürdigen Umständen gelang es Herrn Gumprecht tatsächlich,

noch einmal eine Mehrheit für sich zu bekommen und die Wahl von fünf Nationalsozialisten durchzuführen.

Diese Wahl konnte schon deshalb nicht rechtmäßig sein, weil die Wahl der drei oppositionellen Aufsichtsratsmitglieder auf drei Jahre erfolgt war. Zusammen mit seinen vier anderen Mitgliedern, deren Mitgliedschaft unbestritten ist, bestand der Aufsichtsrat also im Sommer 1935 aus sieben Mitgliedern. Es waren also, da er neun Mitglieder zählen soll, nur zwei Ergänzungswahlen vorzunehmen und nicht fünf.

Im Einvernehmen mit den drei benachteiligten Aufsichtsräten hat deshalb der Genosse auch diesen Generalversammlungsbeschluss angefochten. Es ist ihm zunächst vom Landgericht und nunmehr

auch vom Obergericht nicht gegeben worden.

Wir geben die interessanten Gründe des obergerichtlichen Urteils nachstehend auszugsweise wieder:

Litbekand

In der Generalversammlung der beklagten Genossenschaft am 25. Juni 1935, an der der Kläger als Genosse teilgenommen hat, ist eine Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat vorgenommen worden, bei der fünf neue Mitglieder gewählt wurden.

Der Kläger will mit der Klage diesen Beschluss anfechten mit der Begründung, die Ergänzungswahl von mehr als zwei neuen Mitgliedern sei statutenwidrig, da der Aufsichtsrat damals aus sieben Mitgliedern bestanden habe und die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder in der Satzung auf neun festgesetzt sei.

Durch Urteil der IV. Zivilkammer des Landgerichts in Danzig ist der Klage stattgegeben worden.

Gründe

Die Verurteilung der Beklagten konnte keinen Erfolg haben.

Wenn die Beklagte geltend macht, daß ein Rechtschutzinteresse für die Anfechtungsklage nicht mehr gegeben sei, da die angefochtene Wahl durch einen Generalversammlungsbeschluss vom 12. Februar 1936 bestätigt worden sei, so kann sie mit diesem Einwand nicht durchdringen. Ganz allgemein hat das Reichsgericht zutreffend den Grundgedanken ausgesprochen, daß eine Anfechtungsklage nicht dadurch gegenstandslos wird, daß die nützlichen Handlungen in einer späteren Generalversammlung formgültig wiederholt werden. (R. G. in „Recht“ 1915 Nr. 273.) Im vorliegenden Falle sind nur außerdem noch in der Zwischenzeit Ausschüsse und andere für die Genossen bedeutungsvolle Entscheidungen von der beklagten Genossenschaft vorgenommen worden, bezüglich deren ein anders zusammengefaßter Aufsichtsrat in anderer Weise hätte Stellung nehmen können. Das Rechtschutzinteresse entfällt auch deshalb nicht, weil der Kläger inzwischen aus der Genossenschaft ausgeschieden ist, da seine Satzung als Genosse noch fortbarrt (R. G. X 66 S. 138), so daß es auf die weiteren in R. G. 66 S. 138 erörterten Gesichtspunkte nicht mehr ankommt.

Ferner liegt auch eine Verletzung des Statuts vor.

Der Aufsichtsrat bestand am Tage der Ergänzungswahl aus vier Mitgliedern, deren ordnungsmäßige Wahl zum Aufsichtsrat unstrittig ist, und aus drei Mitgliedern, Neufeld, Hein, Grundwald, deren am 30. Juni 1934 erfolgte Wahl von der beklagten Genossenschaft nicht anerkannt wird. Es ist aber der Generalversammlungsbeschluss vom 30. Juni 1934, mit dem die drei Obengenannten gewählt wurden, nicht angefochten. Der Beschluss vom 30. Juni 1934 ist deshalb nach Ablauf der Anfechtungsfrist als gültig anzusehen, selbst wenn die von der Beklagten behaupteten Mängel der Wahl bestanden haben sollten. Daß der Beschluss vom 30. Juni 1934 etwa gegen zwingende gesetzliche Vorschriften verstoßen haben sollte, also ohne Anfechtung nichtig sei, ist nicht erkennbar und von der Beklagten auch nicht behauptet worden. Der Aufsichtsrat bestand also am 25. Juni 1935 aus sieben ordnungsmäßig gewählten Mitgliedern. Nach § 20 der Genossenschaftssatzung ist die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder aber auf neun Mitglieder festgelegt worden. Eine Ergänzungswahl von fünf neuen Mitgliedern war daher statutenwidrig.

Die Beklagte ist nur der Ansicht, daß in jedem Falle die Wahl von zwei für fünf neu gewählten Aufsichtsratsmitgliedern gültig sein müsse, weil nach dem Statut die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder neun betrage. Der Senat hat sich auch dieser Ansicht der Beklagten nicht anschließen können. Zwar ist es richtig, daß die Wahl der einzelnen Vorgesetzten nach der Reihenfolge der Vorschläge in getrennten Wahlgängen erfolgt ist. Ergeben kann aber die Wahl der fünf neu gewählten Aufsichtsratsmitglieder nicht voneinander getrennt werden, da nicht feststeht, wer von den fünf neu gewählten Aufsichtsratsmitgliedern vorgeschlagen worden wäre, wenn von vornherein nur zwei Mitglieder neu gewählt worden

wären. Die gesamte Neuwahl muß vielmehr als ein einheitlicher Vorgang angesehen werden, weshalb auch die gesamte damals vorgenommene Wahl für ungültig zu erklären war.

Die Klarheit und Einfachheit dieser Begründung wird jeden Einsichtigen überzeugen, daß weder Herr Gumprecht noch seine Rechtsberater von vornherein und bestimmt nach dem landgerichtlichen Urteil im Unklaren darüber sein konnten, daß sie vor dem Obergericht keine Aussicht haben würden, die Abweisung der oppositionellen Aufsichtsräte zu verteidigen. Die Genossen der Arbeiterfiedlungsgenossenschaft machen daher Herrn Gumprecht mit Recht den Vorwurf, daß er aus rein politischen Gründen, nämlich, um diese drei Oppositionellen noch für einige Monate von der Teilnahme an der Geschäftsführung auszuschließen,

der Genossenschaft fast 2000 Gulden Kosten gemacht hat.

Damit aber nicht genug. Er hat die Tatsache, daß der rein nationalsozialistische Rumpf-Aufsichtsrat ihm gefügig war, dazu benutzt, in Massen Ausschüsse und Wohnungskündigungen vorzunehmen, um, wie schon gesagt, die Möglichkeit zu haben, Nationalsozialisten an deren Stelle aufzunehmen. Alle diese Ausschüsse und Kündigungen

Stürmische Fischerverammlung

Beschwerden liefen nicht mehr in Joppot

Es ist lange her, daß Pg. Senator Paul Baher vor der Joppoter Fischerschiffahrt, preisend mit viel schönen Reden, für den Nationalsozialismus zu werden versuchte. Pg. Temp hat dann noch einmal

kurz vor der Volksstagswahl

vor den Fischern das Wort ergriffen und dabei allerlei schöne Versprechungen gemacht, zu einer Wiederholung ist es aber nicht gekommen.

Seit länger als 5 Monaten bemühte sich die Berufsgruppe der Joppoter Fischer vergeblich um die Abhaltung einer Fachversammlung, in der zu den wirtschaftlichen Nöten und Beschwerden der Fischer Stellung genommen werden sollte. Am letzten Sonntag war es nach vielen Eingaben und Reklamationen endlich soweit. Berufsgruppenleiter Stein, der nebenbei bemerkt ein Monatsgehalt von 132 Gulden für seine Tätigkeit bezieht, hatte zu 8 Uhr nachmittags eine Fachgruppenversammlung in das frühere Beamten-Erholungsheim einberufen. Pg. Stein erschien in Begleitung des Kreisleiters Rogoll und weiterer vier Uniformierter, darunter des SS-Mannes Worgan, die am Vorstandstisch Platz nahmen.

Berufsgruppenleiter Stein eröffnete die Versammlung mit einer Verlesung von Paragraphen des Fischerverzorgungs-Verbandes und einigen allgemeinen Nebensätzen. Auf das

allseitige stürmische Verlangen nach freier Aussprache

hin stellte Pg. Stein sich anfänglich etwas taub, bis Kreisleiter Rogoll mit den Worten „Ihr Fischerleute seid ja wieder sehr kriegerisch gesinnt, aber wir sind erschienen, um euch anzuhören“ eingriff und bald danach Diskussionsredner zu Wort kamen.

In sehr sachlicher Weise schilderten die Fischer Friedrich Paul J. und danach das frühere langjährige Vorstandsmittglied des alten nichtgleichgeschalteten Joppoter Fischervereins, Fischer J., die bekannten, den Lesern der „Volksstimme“ schon bekannten

Beschwerden über die Geschäftsgebarung der Fischzentrale.

Die einseitige Kontingenterung der Fänge, die Beschlagnahme auf den Markt gebrachter Fische, die Verweigerung Joppoter Fischerfrauen von ihren angekauften, dem Publikum bekannten Verkaufsstellen in der Danziger Häfegasse, die zeitweiligen Verkaufsbote, der vom Fischerverzorgungsverband wiederholt zugesagt, aber nicht erfolgte Ersatz durch Naturgewalt zerrissener Netze, das völlige Verlangen der früher bewilligten Kredite auf Darlehnsbeschaffungs-Gemeine u. a. kamen zur Sprache.

Kreisleiter Rogoll, der die lange Liste der nüchtern vorgetragenen Klagen und Wünsche kopfschüttelnd mitangehört hatte, versprach, sich „aufständigen Ortes“ um Abhilfe bemühen zu wollen, versuchte aber dann in bekannter Phraseologie die materiell-wirtschaftliche Seite zu umgehen und eine politisch gefärbte Aussprache vom Stapel zu lassen.

Ann hagelte es Zwischenrufe

von Seiten der Fischer, und als ein greiser, als ruhiger Mann bekannter Fischer, für eine Bemerkung von dem jugendlichen Kreisleiter angefahren wurde, brach der Sturm los. In unverblümter Rede sagte der Fischer Carl E. dem Vorstandstisch seine und seiner Kollegen Meinung über die „Segnungen“ des Nationalsozialismus, von denen die Fischerbevölkerung noch nichts verführt habe. Kräftige Worte schwirrten durch den Saal, der sich wie mit einem Schlag leerte und die Uniformierten allein ließ, als diese vergeblich versuchten, sich Autorität zu verschaffen.

Von der Leitung der Versammlung wurde versucht, die aus dem Saal gezogenen Fischer wieder zum Zuschauen zu bewegen. Man hielt ihnen vor, daß es doch einen sehr ungünstigen Eindruck machen müsse, wenn gerade am Vorabend des Geburtstages Adolf Hitlers eine solche Demonstration erfolge, die die Harmonie der aus diesem Anlaß geplanten Feiern stören müsse. Aber die Fischer zogen ab und ließen die Nationalsozialisten allein auf weiter Flur.

Beförderungen von Beamten

Bei Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Hauptpolizei

Oberstaatsanwalt Graßmann ist, wie gemeldet wird, vorgezogen durch Senatsbeschluss zum Generalstaatsanwalt ernannt worden. — Es verlautet weiter, daß bei der Politischen bzw. Kriminalpolizei Kriminalrat Röchner zum Kriminaldirektor, die Kriminalkommissare Claß und Gahn zu Kriminalräten, die Kriminalbezirkssekretäre Werner und Rühle zu Kriminalkommissaren, die Kriminalbezirkssekretäre Schmidt und Arnold zu Kriminalpolizei sind, wie verlautet, Oberleutnant Kalßen und Oberleutnant Müller zum Hauptmann befördert worden. Ueber die Beförderung von Beamten wird in den Büros der betreffenden Behörden viel gesprochen, noch mehr aber die Beamten, die nicht befördert wurden.

und selbstverständlich auch ansehbar, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Aufsichtsrat in unzulässiger Zusammenkunft diese Maßnahmen beschlossen hat.

Es schweben noch jetzt vor dem Landgericht zahlreiche Prozesse,

die voraussichtlich alle ebenfalls gegen Gumprecht entschieden werden müssen. Auch hier werden also der Genossenschaft durch den parteipolitischen Hebereiher des Herrn Gumprecht außerordentlich hohe Kosten entstehen.

Die unerquickliche Angelegenheit ist ein besonders eindringliches Beispiel für die Wahllosigkeit in den Mitteln, mit denen von nationalsozialistischer Seite die Gleichschaltung aller Organisationen betrieben wird, die auch nur den geringsten Einfluß auf das Wohlergehen ihrer Mitglieder haben können. Fälle, wie dieser, machen es offensichtlich, daß es den Nationalsozialisten weit mehr darum geht,

die Mittel zur politischen Beeinflussung des Volkes in die Hand zu bekommen, als in den Organisationen, über die sie sich die Herrschaft verschafft haben, praktische Arbeit zum Nutzen der Mitglieder zu leisten.

Sehr charakteristisch ist es auch, wie sorgfältig die Methoden nach der Art der Organisationen, um deren Beherrschung es geht, abgestuft und abgewandelt werden. Derselbe Herr Gumprecht, der in der Arbeiterfiedlung mit bedenkliehen Mitteln noch auf Zuverlässigkeiten hoffen konnte und deshalb die Genossenschaft von Abstimmung zu Abstimmung trieb, hat in der Freien Bauerngenossenschaft, deren Mehrheitsverhältnisse klar gegen ihn sind, längst darauf verzichtet, kein Schicksal der Abstimmung einer Generalversammlung anzuvertrauen, und sich, wie wir neulich schon geschildert haben, versucht, sich die Verwaltung der Genossenschaft vom Staat gewährleisten zu lassen.

Von zwei Jahren...

„Der „Vorpösten“ vom 21. 4. 1934 berichtet, daß Herr Forster in seiner Rede zum Geburtstag Hitlers u. a. gesagt habe:

„Der Führer ist der große, alles überragende Staatsmann, weil er den kleinen Dingen keine zu große Aufmerksamkeit schenkt, sondern den Blick stets und unverändert auf das Große gerichtet hat. Er kennt die zweitausend Jahre deutsche Geschichte genauer als alle anderen und ist mit der deutschen Kultur viel mehr verbunden als alle anderen. Aus diesen Kenntnissen und Erkenntnissen heraus regiert er nicht für die nächste Zukunft, nicht bis zur Zeit der nächsten Reichstagswahl, wie es die Reichskanzler vor ihm machten und vielleicht machen mußten, sondern er regiert für die Zukunft, er regiert nicht für morgen, sondern für das Jahr 2500...“

Bis zum vollen Erfolge sind es dann also nur noch 564 Jahre. Ob es vor 564 Jahren — also im Jahre 1872 — auch schon Politiker gegeben hat, die für das Jahr 1936 regierten?

In derselben Ausgabe berichtet der „Vorpösten“, daß bei der Joppoter Geburtstagsfeier der Kreisleiter Pg. Temp gesagt habe:

„Das Volk will nicht selbst regieren, es will regiert werden.“

Wenn keiner wußt — he wußt! Herr Temp sollte sich einmal den Artikel 3 der Danziger Verfassung ansehen, nach welchem die Staatsgewalt von Volke ausgeht. Dieser Grundsatz wird nämlich auch noch im Jahre 2500 volle Geltung haben.

Der „Vorpösten“ vom 21. April 1934 schrieb weiter:

„Im traurigen Unterchied zu den traurigen Erlebnissen der vergangenen Jahre, in denen der deutsche Arbeiter nur Ausbeutungsobjekt der marxistischen Gewerkschaftszonzen gewesen ist, wird der deutsche Arbeiter heute im nationalsozialistischen Staate so geführt und betreut, wie er sich vor Jahresfrist nicht hat träumen lassen. Die nationalsozialistische Regierung ist unablässig bemüht, den Arbeiter wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern, während die nationalsozialistischen Führer der Arbeiterverbände es als ihre Aufgabe betrachten, die wirtschaftlichen und sozialrechtlichen Interessen der Arbeiterkraft in vorbildlicher Weise zu vertreten (s. B. durch Klefack, D. Red.).“

Die Unterbringung in den Betrieben geht von Tag zu Tag vorwärts. Der besonnene Arbeiter, der durch die Schuld der marxistischen Arbeitervertreter brotlos gemacht worden ist, begreift es, daß dieses mächtige Aufbaumerk nicht über Nacht vollendet werden kann. Die nationalsozialistischen Arbeiterführer, die durchweg die Not am eigenen Leibe kennengelernt haben (s. B. Schories, D. Red.), wissen nur zu gut, daß auch die Arbeitskameraden, die bis heute noch keinen anderweitigen Erwerb finden konnten, im Inneren ihrem großen Hunger, dem einzigen wahren Sozialisten der Welt, dem Volkskämpfer Adolf Hitler, an seinem 45. Geburtstag ihren ehrlichen Dank für seine befreiende Tat auszusprechen möchten, und daß auch sie den sehnsüchtigen Wunsch in sich verspüren, diesen Feiertag festlich zu begehen...“

Wir können uns durchaus denken, daß gerade die Erwerbslosen andere und näherliegende Wünsche haben als den „sehnsüchtigen Wunsch“, einen Geburtstag, der nicht der ihre ist, festlich zu begehen. Die Führer der Arbeitsfront haben ja aber diese Gelegenheit auch nur benutzt, um sich selber über den grünen Meer zu loben. Daß der Arbeiter von den nationalsozialistischen Führern so geführt wird, wie er sich „vor Jahresfrist nicht hat träumen lassen“, stimmt schon. Jetzt erzieht es aber der Arbeitsfront und ihren abgebaute Führern so, wie sie sich ebenfalls nicht vor Jahresfrist haben träumen lassen.

Einbruchdiebstahl während des Samelzuges

Die Gelegenheit schien günstig

Ein Einbrecher wollte von dem Fackelzug der Nationalsozialisten am Montag auf seine Weise profitieren. Er benutzte die Abwesenheit der Wohnungsinhaberin, um einem Haushalt in Oliva, Dettlerstraße 21, einen Besuch abzustatten. Zuerst warf er einen Stein in das Fenster und wartete ab, ob sich etwas Verdächtiges zeigen würde. Als sich dann nichts bemerkbar machte, öffnete er die Fensterriegel und gelangte bequem in die Wohnung. Er durchsuchte sie, hatte es aber lediglich auf Geld und Schmuckstücke abgesehen. Schuhe, Kleider und dergleichen ließ er liegen. Die Wanduhr war jedoch nicht besonders reichhaltig. 30 Gulden fielen ihm in die Hände. Er nahm noch einen Koffer mit und ging dann auf demselben Wege, den er gekommen war, von dannen. Das eigenartige ist, daß die Straße keineswegs unbesetzt war und daß sich der Einbruch sozusagen unter den Augen der Anwohner abspielte hat.

Eine Jugendrepublik in USA.

Ein einzigartiges Staatswesen - Der Anfang vor dem Jugendgericht in Chicago

Vor etwa 20 Jahren kam ein junger Mann eines Tages auf den Gedanken, einer Schar von Chicagoer Kindern ein Heim zu bauen. Er hatte selbst eine schwere und bewegte Kindheit hinter sich, und nur durch seine unerhörte Fähigkeit hatte er es zu dem Professionsposten gebracht, den er jetzt in einer Konservensfabrik bekleidet. Der junge Selbstdarsteller, der es aus eigener Kraft zu etwas gebracht gebracht hatte, hieß Jack Robbins.

Als er im Gerichtssaal sieben kleine Rauschjungen erkennen sah, die irgend eine „Blinde“ Eisenbahnfahrt auf dem Kirchhof hatten, dachte er daran, wie er selbst jahrelang mit einem Kameraden, der sich Jack London nannte,

über die Schienenwege Amerikas getrampt war. Er sah sich die Büchchen vor dem Richteramt näher an und stellte fest, daß keiner von ihnen ganz mißraten war. So fakte er kurzerhand den Entschluß, sich der Kleinen Kerle anzunehmen und zu sehen, was sich Gutes aus ihnen herausholen ließ. Sein Angebot wurde von den Behörden angenommen.

Bei einer guten Suppe erfuhr er zu seiner Überraschung, daß die Mehrzahl seiner Schützlinge bereits in irgend einem philanthropischen Erziehungsheim untergebracht gewesen war. Wie es kam, daß die Kleinen trotzdem wieder vor dem Jugendrichter geraten konnten? Da mußte in der Organisation dieser Heime irgend etwas nicht stimmen. Die Jungen hätten ihn rasch darüber auf: der Fehler all dieser Institutionen war, daß sie von Erwachsenen geleitet wurden. Die Kinder wurden auf diese Weise gezwungen, Regeln und Gebote zu befolgen, die ihnen fremd blieben.

Mr. Robbins entschloß sich daher, einen „Club“ für seine Zöglinge zu gründen, dessen Verwaltung und Organisation sie selbst besorgen sollten.

Die „verfassungsmäßigen Grundlagen“

So entstand die „Boys Brotherhood Republic“, die „Brüderliche Republik der Kleinen Jungen“. In wenigen Wochen hatte Robbins 22 neue Kinder gesammelt, die das Jugendgericht von Chicago vorgeladen hatte. Daraufhin schritt man zur Wahl eines Bürgermeisters, eines Schatzmeisters, eines Verwaltungsrats und mehrerer Beamter. Man setzte Kommissionen für Unterricht, Arbeit, Ständeregister, Polizei und öffentliches Wohl ein. Schließlich erhob man eine Einheitssteuer von einem halben Dollar pro Bürger und Monat.

Die Verfassung des jungen Gemeinweins, dessen Mitglieder nicht älter als 18 Jahre sein durften, ließ sich auf ein paar hauptsächlich Grundzüge zurückführen: 1. Jedes Kind hat die gleiche Chance. 2. Reform der Lage des Kindes im Hinblick auf Arbeit und Vergnügen. 3. Besseres Verhältnis zwischen Kindern auf der einen und Eltern, Lehrern, Polizisten und Jugendrichtern auf der anderen Seite. 4. Kampf gegen die Wohlthätigkeit. Besserung durch Arbeit und Zuteilung von Verantwortlichkeiten.

Wie man sieht, handelt es sich um recht vernünftige Prinzipien, die sich in keiner Weise gegen die Welt der Erwachsenen auflehnen.

Kämpfe helfen ihren Brüdern

Die ersten Versammlungen des Jungensklubs fanden in einem armenhaften Raum statt, den Jack Robbins gemietet hatte. Etwas später bezog man ein Haus. Nach vielen Rückschlägen und Schwierigkeiten gelang es der „Boys Republic“, schließlich ein eigenes Gebäude zu erwerben. Heute zählt die Kinderrepublik 800 Ehrenbürger, die ihr verdanken, gute Amerikaner geworden zu sein, und 1100 aktive Bürger, die ihren Staat mit der gleichen Energie und Loyalität verwirklichen wie die ersten Pioniere.

Das Klubgebäude, „Rathaus“ genannt, umfaßt die Büros, eine Polizeiwache, einen Gerichtssaal, eine Sporthalle, eine Bibliothek und eine Zeitungsredaktion.

Vor kurzem wurde ein vierzehnjähriger Bürger krank und mußte ins Hospital gebracht werden. Eine Bluttransfusion erwies sich als unerlässlich. Dies wurde sofort im „Boys Republic Journal“ bekannt gegeben. Noch am gleichen Tage meldeten sich 15 Mitbürger, um ihrem kleinen Kameraden zu helfen.

Die Mitglieder der „Boys Brotherhood“ vergessen aber auch nicht ihre weniger glücklichen Schicksalsgenossen. Sie haben Untersuchungen über die Strafmethoden in gewissen Erziehungsanstalten der Vereinigten Staaten eingeleitet und sich nicht scheut, den Behörden der Erwachsenen ihre scharfe Kritik zu unterbreiten. Auf diese Weise haben sie schon viele gegenwärtige Reformen erzielt. Ebenso sind sie in Fällen eingeschritten, wo verlassene Kinder in die Hände verdächtiger Individuen gefallen waren. Sie haben dort überall mit Erfolg das Einschreiten der „richtigen“ Polizei veranlaßt.

Nur kein Geld von den Erwachsenen

Diese einzigartige Jugendorganisation besitzt heute ihre Unterverbände in fast allen amerikanischen Großstädten. Nirgendwo hat bisher die Verwaltung durch Selbstverwaltung irgend welche Mängel gezeigt. Wenn der Republik der Jungen überhaupt eine Gefahr droht, so kommt sie von Seiten der Erwachsenen.

Natürlich hat es nicht an Versuchen gefehlt, Einfluß auf den beunruhigenden Knabenklub zu gewinnen. Die einen schlugen vor, dem jugendlichen Verwaltungsrat eine Art Kontrollkommission von älteren Leuten beizugeben. Die anderen verkündeten, das Gemeinwesen durch sehr bedeutende Spenden zu unterstützen.

Alle diese Angriffe auf die immer erwachende Unabhängigkeit der Republik sind bisher keineswegs abgeklungen worden.

Der erste Vorstoß hatte spontane Protestversammlungen hervorgerufen, der zweite eine allgemeine Entschlossenheit. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Großen nicht imstande seien zu begreifen, daß der Sinn der Organisation ja gerade in ihrer Selbstverwaltung bestünde. Aus diesem Grunde seien alle wohlthätigen Gaben rundweg abzulehnen.

Wenn die Kinderrepublik freilich will, zieht sie auch Erwachsene an. Sie ist keineswegs von hartzöflicher Unabhängigkeit. So hatte sie kürzlich einen „Höflichen Gerichtshof“ eingesetzt, der über juristische Probleme von anhängenshüchleren Fragesteller beraten sollte. Dabei war es unerlässlich, ein paar Männer des Gesetzes hinzuzuziehen. Drei Anwälte wurden vom Verwaltungsrat bezeichnet und vom Bürgermeister ernannt. Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie mußten sie einen besonderen Eid schwören. Ergreifende Szene: die drei jungen Anwälte waren nämlich

nicht nur drei Bierden des Chicagoer Justizpalastes, sondern hatten auch zu den „Sieben“ gehört, die Mr. Robbins vor zwanzig Jahren dem Jugendgericht entziffen hatte, um die Republik zu gründen.

Peter Macwell (M.P.)

Klassenkampf im Dritten Reich

Durchbrochene Volksgemeinschaft der „Arbeitsfront“

Anscheinend wird die Unzufriedenheit in der deutschen Arbeiterschaft immer größer, eine Erscheinung, die absolut nicht verwunderlich ist, wenn man die Versprechungen des „Deutschen Sozialismus“ vor der Machtergreifung mit seinen mangelnden Taten im Besitze der Macht vergleicht. Denn von ernsthaften sozialistischen Maßnahmen hat man im Dritten Reich nichts verstanden, vielmehr hat sich die Lage der Arbeiterschaft durch Lohnabbau und Kaufkraftrückgang weitestgehend verschlechtert. Anscheinend mündet die Kritik an diesen Zuständen jetzt in eine Kritik an der „Arbeitsfront“, die jetzt, um sich in den Augen der deutschen Arbeiterschaft nicht vollends zu kompromittieren, gezwungen ist, wenigstens in Worten Kraft zu werden.

Deshalb nimmt jetzt die amtliche Korrespondenz der Deutschen Arbeitsfront, ein Sonderdienst der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz, in scharfer Weise gegen das Unverständnis Stellung, das die Lage der Arbeiterschaft bei vielen deutschen Großbetrieben findet. In den Altiengeellschaften, so schreibt die Korrespondenz, sitzen die typischen Vertreter der Wirtschaft von ehedem. In den Geschäftsberichten und Abschlüssen dieser Unternehmensform finden ihre wirtschaftliche Einstellung und ihre Methoden getarnt und geschickt verdeckt ihren wahren Niederschlag. Es geht unter keinen Umständen an, daß in einem nationalsozialistisch aufgebauten Gemeinwesen die Vorteile einer Unternehmensform wie der Altiengeellschaft durch Heranziehung des Kapitals einer Vielzahl von Volksgenossen zu eigenmächtigen Zwecken einiger weniger in Anspruch genommen werden, dafür aber über das eigentliche Geschäftsgeschehen, über Verbleib und Verwendung der Kapitalien in der Desinteressetheit nur ein verschwommenes höchst unklares Bild in Form von sogenannten Geschäftsberichten gegeben wird. Die kritische und vergleichende Betrachtung der gerade in den letzten Wochen zur Veröffentlichung gelangten Geschäftsberichte, Abschlüsse, Gewinn- und Verlustrechnungen verschiedener Unternehmungen, läßt den dauernd

nur auf Eigenmacht abgekehrten Einfluß

und das anonyme Regiment der gemeinschaftsfeindlichen Kapitalkreise immer wieder erkennen. Der aufmerksame Leser der Geschäftsberichte muß mit Recht annehmen, daß auf sozialem Gebiet bei verschiedenen Unternehmungen im ganzen nicht sehr viel über das unbedingt erforderliche Maß hinaus geschehen ist. Überprüfen wir die Abschlüsse, die mehrere Altiengeellschaften der Rüstindustrie, der Brauindustrie und anderer Zweige unserer gewerblichen Wirtschaft neuerdings vorgelegt haben, so können wir uns des Eindruckes einer mangelnden sozialen Bestimmung nicht erwehren. Der Geschäftsbericht enthält langatmige Ausführungen über zufriedenstellende Abschreibungen, Ausschüttungen von Dividenden an Aktionäre, Lohntienzahlungen an Aufsichtsrat und Vorstand. Vergessen wir aber im Geschäftsbericht und in der Bilanz nach freimilligen Zuwendungen an die Gefolgschaft, nach Überweisungen an einen bestehenden Unterstützungsfonds oder eine andere soziale Einrichtung. Des schaffenden Arbeiters wird nicht einmal mit einem Worte gedacht.

Soweit die „Arbeitsfront“. Wenn man jedoch bedenkt, daß die Arbeitsfront ja eine Gemeinschaft der Arbeiter und der Unternehmer sein soll, so scheint es uns für die wirtschaftliche Stimmung der deutschen Arbeiterschaft bezeichnend, daß diese Dinge nicht mehr intern erledigt und totgeschwiegen werden können, sondern in voller Öffentlichkeit proklamiert werden müssen. Wahrscheinlich ist der Artikel nur ein Ablenkungsmanöver zur Beruhigung der Arbeiterschaft, dem Taten gegen die Industriegeheimnisse nicht folgen werden. Auf jeden Fall ist es aber bezeichnend und bestätigt aufs neue die Richtigkeit der verpönten marxistischen Theorien, daß sogar im totalen Staate trotz aller schönen Worte von Volks- und Betriebsgemeinschaft die sozialen, d. h. die Klassenverhältnisse zum Durchbruch drängen und nicht totgeschwiegen werden können.

Rasse und Geschäftskauf

Was das Hamburger Gericht dazu meint

Um den Anforderungen der neudeutschen Rassenesehung gerecht zu werden, gehen die deutschen Gerichte zu den merkwürdigsten Auslegungen über. So hat das Oberlandesgericht Hamburg in einem Urteil vom 27. November 1935, das jetzt in der „Juristischen Wochenschrift“ veröffentlicht wird, entschieden, daß der Verkauf eines Handelsgeschäfts mit einem arischen Firmennamen aus einem Volkstümlichen gegen die guten Sitten verstoße und daher nichtig sei. In dem zur Verhandlung liegenden Fall waren in dem Kaufpreis vereinbarungsgemäß sämtliche Rechte an die Firma und die Übernahme des gesamten Kundenstammes eingeschlossen. Diese Vereinbarung erklärte das Gericht für nichtig; mit der Vereinbarung solle aber der gesamte Kaufvertrag, da anzunehmen sei, daß der Antragsteller - der Käufer - ihn ohne die Vereinbarung nicht geschlossen hätte. In der Entscheidung wird im übrigen noch bemerkt, daß zwar die Frage, ob ein Jude, der von einem Arier ein Handelsgeschäft kauft, das Geschäft unter dessen arischem Namen weiterführen dürfe, bisher durch kein besonderes gesetzliche Bestimmung geregelt ist, eine Vereinbarung, wie sie hier geschlossen worden sei, daß ein jüdischer Kaufmann künftig unter arischem Namen Handel treibe, müsse aber schon jetzt als gegen die guten Sitten verstoßend bezweifelbar werden. Entscheidend sei dabei, daß die nationalsozialistische Weltanschauung dem Judentum ablehnend gegenüberstehe. Es sei ohne weiteres annehmbar, daß viele Kunden des Antragstellers nicht von ihm kaufen würden, wenn sie wüßten, daß er ein Jude sei. Die Rechtsauffassung und Gesetzauslegung, die hier zutage tritt, wird nicht gerade geläuternd sein, deutscher Jurisprudenz, die früher für die Gesetzgebung vieler Länder vorbildlich war, neue Freunde zu werden.

Endendorff möchte mehr Freiheit. Endendorff hat seinen Anhängern mitgeteilt, er wünsche nicht, daß man seinen 71. Geburtstag (19. April) feiere. Sein 70. Geburtstag war letztes Jahr ein nationaler Feiertag. In seiner Feiertagsrede „Der heilige Quell der deutschen Kraft“ kritisiert Endendorff den Mangel an Freiheit, der heute in Deutschland besteht. Er spricht davon, daß Freunde von ihm von der Weimarer Verfassung würden, weil sie im Verdacht stehen, dem Tannenbergsbund anzugehören. Diese Umstände bedeuteten ihm an seinem diesjährigen Geburtstag mehr Ehre, als die offiziellen Feiern des Vortages.

Badoglio's Kriegsglück

Kalendarium des italienisch-äbessinischen Konflikts

MTP. Paris, 17. April.

Wie auch der Ausgang des italienisch-äbessinischen Konfliktes sein mag, ist der afrikanische Feldzug durch die letzten Siege entschieden. Neben der politischen Seite ist die militärische Leistung der italienischen Armee besonders zu bewerten. Und hierüber wird es wohl heute nur eine Meinung geben: alle wirklichen und vorgebildeten Fachleute haben sich in ihren Prognosen geirrt; die italienische oberste Heeresleitung hat offenbar die Chancen richtiger eingeschätzt und den strategischen Plan mit einer Schnelligkeit und Sicherheit durchgeführt, die vom rein militärischen Gesichtspunkt aus erstaunlich sind.

Gewiß kam ihr dabei das offensichtliche Versagen der Krieger des Negus zugute; ebenso gewiß ist die absolute und ungeheure Überlegenheit der modernen Kriegstechnik, die allein im Dienste der Italiener stand, an dem Siege ausschlaggebend gewesen. Trotzdem bleibt noch immer die Bewältigung klimatischer und geographischer Schwierigkeiten, die fast von allen als nahezu unüberwindlich angesehen wurden. Es bleibt die ungeheure Leistung des Straßenbaus in gebirgigen und wüsten tropischen Regionen.

Es bleibt endlich die alljährliche Erprobung von neuem Methoden, wie zum Beispiel der Versorgung ganzer Armeekorps durch die Flugzeuge.

Nichts läßt deutlicher die Leistung der Italiener erkennen, als die Zusammenstellung der Daten der Eroberung Äbessiniens. Studiert man dieses Kalendarium des italienisch-äbessinischen Konfliktes an Hand einer Karte, mißt man die Entfernungen zwischen den einzelnen Orten, die erobert wurden, betrachtet man das Relief des Hochgebirges, das zwischen ihnen lag, oder die weitausläufigen Wüsten, die zu überwinden waren, so wird man leicht erkennen, um welche Kraftleistung ersten Ranges es sich in diesem Kolonialkrieges gehandelt hat.

Die Zeitspanne, die dafür aufgewendet wurde, ist sehr viel kürzer, als je angenommen werden konnte. In der ersten Phase des Konfliktes wurde sehr oft auf das Beispiel der Pazifizierung von Marokko durch Italo-Engländer verwiesen, die militärisch und politisch, zwanzig Jahre gedauert hat. Auch wenn man nicht mit Jahrzehnten rechnet, niemand hat vorausgesehen, daß die militärische Entscheidung in Monaten gefüllt werden würde. Und in diesem hat Badoglio seine Aufgabe noch unmittelbar vor der Entscheidung, vor Beginn der Regenperiode, in einer einzigen Kampfkraft im Gange des schwarzen Kaiser gelöst.

Das Vorkabium

- 1934
- 5. Dezember: Der Zwischenfall von Dual-Dual; Italien verlangt Wiedergutmachung.
- 28. Dezember: Italienische Flugzeuge überfliegen Belgien.

- 1935
- 20. Januar: Neuer Zwischenfall in Aboul.
- 31. Januar: Äbessinien ruft den Völkerverbund an.
- 17. August: Die englisch-französisch-italienischen Besprechungen in Paris scheitern.
- 2. Oktober: Faktische Generalmobilisation in Italien.
- 2. Oktober: Offizielle Mobilisation in Äbessinien.

Der Krieg beginnt

- 3. Oktober: Die italienischen Truppen überschreiten den Grenzübergang Mareb. Bombardement von Adua und Adigrat.
- 5. Oktober: Einnahme von Adigrat.
- 6. Oktober: Einnahme von Adua.
- 8. Oktober: Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Italien und Äbessinien.
- 12. Oktober: Übertritt des Ras Gugja zu den Italienern.
- 14. Oktober: Einnahme der heiligen Stadt Argom.
- 17. Oktober: Ras Gugja wird zum Gouverneur des Tigre-Gebietes ernannt.
- 28. Oktober: Einnahme von Gible.
- 4. November: Eroberung von Ganzen und Dongollo.
- 6. November: Eroberung von Matalle.
- 8. November: Einnahme von Dolo.
- 9. November: Einnahme von Gorohal.
- 16. November: Wechsel im italienischen Oberkommando; Abberufung des Generals De Sano; Marschall Badoglio Oberkommandierender.
- 25. November: Unterwerfung des Ogaden-Gebietes.
- 7. Dezember: Die Äbessinier räumen Harrar. - Bombardement von Dessie.
- 28. Dezember: Abschluß der Schlacht von Abbi-Abbi; Einnahme des Gipfels durch die Italiener.

Die Entscheidungsetappe

- 1936
- 11. Januar: Beginn der äbessinischen Gegenoffensive im Tigre.
- 16. Januar: Bombardement von Duabia.
- 20. Januar: Einnahme von Neghelli.
- 21. Januar: Tembien-Schlacht.
- 10. 15. Febr.: Schlacht von Amba Aradam.
- 22. Februar: Sieg der Italiener bei Emberia.
- 28. Februar: Besetzung des Amba Aladi.
- 7. März: Allgemeiner Rückzug der Äbessinier von der Nordfront.
- 13. März: Bombardement von Duoram.
- 16. März: Neues Bombardement von Duoram.
- 18. März: Unterwerfung des Debiaj Amare Ghereffas und des Debiaj Berje Gagos.
- 22. März: Bombardement von Djiblaa.
- 25. März: Einnahme von Kafa.
- 28. März: Einnahme von Rai Timdel.
- 29. März: Vormarsch auf Gondar.
- 31. März: Bombardement von Harrar.
- 1. April: Einnahme von Garbo, im Herzen von Koufa.
- 1. April: Einnahme von Gondar. Entscheidungsschlacht der Italiener am Abangl-See.
- 4. April: Einnahme von Duoram. Bombardement der Radiostation von Abbi-Abbe, Harrar und Dire-Daoua.
- 5. und 7. April: Bombardement von Dessie.
- 10. April: Einnahme von Gobbo.
- 12. April: Die Italiener am Tana-See.
- 15. April: Einnahme von Dessie, dem Hauptquartier des Negus. (M.P.)

Ein Zwischenfall im Baumglück-Prozess

Im Berliner Baumglück-Prozess kam es zu einem Zwischenfall. Unmittelbar nach der Eröffnung der Verhandlung teilte der Staatsanwalt mit, daß unter den Bäumen der Angeklagten und Verteidiger am Schluß der letzten Sitzung am Freitag vergangener Woche ein Zettel folgendes Inhalts gefunden worden sei: „Kelle wird wegen Mord-Kopf Stellung nehmen. Soll ich ihn nochmals schwere Fehler vorhalten (falsche Zeichnungen). Der Staatsanwalt bemerke, daß es ihm fern liege, die Verteidigung irgendeinem Material herabzusehen zu wollen; nur müsse er wissen, wer den Zettel geschrieben habe.“

Der Vorsitzende ließ das Stück Papier bei den Verteidigern und Angeklagten herumreichen. Man erklärte Deyster, daß er den Zettel geschrieben habe. Er sei für seinen Verteidiger bestimmt gewesen. Der Vorsitzende machte ihn darauf aufmerksam, daß es in Anbetracht nicht üblich sei, derartige Zettel zu schreiben, die leicht den Schein unerlaubter Beeinflussung erwecken könnten und auch der Verteidigung Schwierigkeiten bereiten können. Deyster gab eine längere Erklärung darüber ab, was er durch den Zettel habe zum Ausdruck bringen wollen. Sein Verteidiger erklärte, er habe seinen Mandanten angeregt, sich während der Verhandlung Notizen über alle Zweifelsfragen zu machen, um nach der Verhandlung diese Dinge mit ihm besprechen zu können. Es sei also weder eine Verletzung der Wahrheitspflicht erfolgt noch eine solche vom Angeklagten Deyster gedacht gewesen.

Der Zettelinhalt greift hinein in das Problem der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Deyster und seinem Vorgesetzten, dem Reichsbauherrn Kellberg. Auf Befragen erklärte Kellberg, daß schon im Juni, wenn zunächst auch für einen anderen Bauabschnitt als die Einbürgerstellung die Frage der mangelnden Einbindung der Bauarbeiten zur Sprache gekommen sei. Deyster habe von einer neuen Kammung aus Sicherheitsgründen abgeraten und statt dessen eine Sicherung der Bauarbeiten durch Einbetonierung der Trägerfüße vorgeschlagen.

Neue Briefmarken-Kuriosa

Ausgezeichnete Propagandisten muß der amerikanische Staat San Salvador haben. Scheinbar unter dem Motto „Keffame eroberst die Welt“, sind dort drei neue Briefmarken erschienen, die unter entprechenden, übrigens reichlich unklaren Zeichnungen die Inschriften tragen: „Salvador produziert den besten Hochzeiter“, bzw. „Salvadors Kaffee wird überall konsumiert“ und „Einszig allein Salvador produziert den echten Balsam“.

Ein anderer Staat in Mittelamerika, die Dominikanische Republik, lehnte sich vor kurzem auch etwas Besonderes und bestimmt Einzigartiges ab: Sie widmete einer neuerbauten Straße in der Hauptstadt des Landes eine Sonder-Briefmarke. Ehrungen von Staatsmännern und anderen berühmten Persönlichkeiten sind ja nichts Neues, aber die Ehrung einer Straße, das führt doch schon etwas zu weit!

Dachten wir bisher, daß Afrika nur einen ewigen Frühling kenne, und daß dort ständige Wärme herrsche, so überzeugt uns eine soeben herausgegebene Briefmarke aus Spanisch-Marokko von dem absoluten Gegenteil. Hier sehen wir auf einer prächtig ausgeführten Darstellung eine afrikanische Landschaft in tiefem Schnee.

Die Entwicklung der Post auf der Briefmarke zeigt Schweden in einer soeben herausgegebenen Briefmarken-Serie anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der schwedischen Post. Prächtige Markenbilder geben einen vorläufigen Überblick über die allgemeine Entwicklung des Postwesens von der ältesten Briefbeförderung durch gehende und reitende Kurrierer bis zur modernen Bäckstube des Dcean-Postdampfers und des dreimotorigen Postflugzeugs.

Amputation aus Liebe

Vor einigen Tagen fand ein Totengraber auf dem Friedhof von Brighton (England) ein Paket, in dem sich eine abgeheftete Beize von einem menschlichen Fuß befand, die von einem sonderbaren Liebesbrief begleitet war. Der Brief lautete: „Liebe Kente! Ich weiß jetzt, daß Sie mich nicht lieben. Ich aber werde nie aufhören, Sie zu lieben, und als Zeichen meiner grenzenlosen Leidenschaft schide ich Ihnen anbei einen Beweis, daß ich zu allem entschlossen bin, um Ihre Hand zu erhalten.“ Es gelang bald, die Empfängerin dieses Paketes festzustellen. Es handelte sich um eine Krankenschwester, namens Kente, die im Spital von Brighton arbeitet und ohne weiteres zugab, den feststimmten Liebesbrief erhalten zu haben. Sie war jedoch so erschrocken, daß sie sich nichts des Paketes entledigte, indem sie es in die Mauer des Friedhofs warf. Sie konnte auch über den Adressaten Auskunft geben: dieser war ein junger Pfleger des gleichen Spitals, der ihr einständig nachstellte. Als man ihm bei der polizeilichen Vernehmung Vorwürfe wegen seiner Selbstverwundlung machte, zeigte er jedoch lachend seine Hände: an keinem fehlte eine Zehe. Der Mann hatte einfach von einem amputierten Bein eine Zehe abgetrennt. Er fand offenbar, daß ein Mädchen, das ihn nicht erhören will, sich mit einem zwar entsetzlichen, aber wenigstens schmerzlosen Liebesbeweis begnügen mußte.

Wieder eine Hinrichtung

Am 21. April ist in Trier der am 2. November 1911 geborene Peter Pint aus Urbach hingerichtet worden, der am 28. Oktober 1935 vom Schwurgericht in Trier wegen Mordes zum Tode verurteilt worden war. Pint hatte am 18. September 1935 die 21-jährige Susanna Dieckhoff, die von ihm schwanger war, ermordet, um sich der aus der Schwangerschaft erwachsenden Verantwortung zu entziehen. Adolf Hitler hatte die Begnadigung abgelehnt.

Freispruch für den Kapitän

Das „Flottbed“-Unglück vor dem Reichsoberseeamt

Das Reichsoberseeamt in Hamburg hat als Berufungsinstanz noch einmal über den Untergang des Motorschiffes „Flottbed“ verhandelt, bei dem auf der Fahrt zwischen Danzig und Riga in der Nacht vom 6. auf den 7. September v. J. neun Mann der Besatzung und eine Passagierin den Tod gefunden hatten, während sich der Kapitän und zwei Mann im Rettungsboot bergen konnten. Das Seeamt als erste Instanz hatte eine Mitschuld des Kapitäns darin erblickt, daß er eine Ueberladung des Schiffes zugelassen hatte, durch die das Kentern verurteilt worden sei. Die Berufungsverhandlung hat nunmehr den Kapitän von dieser schweren Verantwortung vollständig befreit und auf Grund der Sachverständigen-Ermitlungen die Stabilität des Schiffes für ausreichend erklärt. Die Ursache der Katastrophe hätte in anderen äußeren Umständen gelegen, die nicht mehr mit Bestimmtheit festzustellen seien.

Schwerer Frost in Oberösterreich

Oberösterreich wurde in der Nacht zum Dienstag von schwerem Frost eingeeignet. Die Temperaturen fielen auf 5 Grad unter Null. Die Bäume und Sträucher trugen fingerdicken Reif. Der Schaden an den Obstkulturen ist bedeutend.

Der Letzte der Dillinger-Bande

Bei einem Ausbruchversuch erschossen

Der Letzte der Dillinger-Bande, Leslie Homer, wurde am Sonntag erschossen, als er den Versuch unternahm, mit vier weiteren Straßgefängenen aus einem Gefängnis in Wisconsin auszubrechen. Der Wachtmeister eines Beobachtungsturmes feuerte den tobbringenden Schwab ab, als Homer gerade im Begriff war, die Gefängnismauer zu überklettern. Die fünf Gefangenen hatten sich mit Gasrohren und Axten zu bewaffnen vermocht. Außer Leslie Homer wurde noch ein 19-jähriger Sträfling getroffen und im Rücken schwer verwundet. Darauf ergaben sich die anderen Ausbrecher. Leslie Homer war Dillingers Chauffeur und hatte eine Strafe von 28 Jahren wegen seiner Beteiligung an den Raubtaten des ehemaligen „Staatsfeindes Nr. 1“ zu verbüßen.

Durch unrichtige Gabe vergiftet wurden zwei Arbeiter, die mit einer Brunnenvorrichtung in Goldunow bei Rastow beschäftigt waren. Nach einständiger Arbeit ist es der Feuerwehr gelungen, beide Vermunglückte zu bergen. Trotz der sofortigen ärztlichen Hilfe war es nicht möglich, die Arbeiter ins Leben zurückzurufen.

Volkszählung in Gdingen

Auf Grund einer Verordnung des Ministerrats vom 8. April soll in der Zeit vom 7. bis 23. Mai eine genaue Zählung der Einwohnerschaft Gdingens stattfinden, die auch die Angehörigen der Kriegsmarine, die Besatzung der Schiffe der polnisch-amerikanischen Linien sowie die Hajeckisfahrer in Gdingen umfassen soll. Die Zählung soll alle Personen erfassen, die sich auf dem Gebiete der Stadt Gdingen in der angegebenen Zeit aufhalten, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich dort ständig oder nur vorübergehend aufhalten. Eine Ausnahme bilden nur die Militärpersonen, die in Kasernen untergebracht sind. Zusammen mit der Volkszählung soll auch eine Berufs-, Wohnungs- und Grundstückszählung erfolgen. Die Zählung wird durch das statistische Hauptamt und das Regierungskommissariat in Gdingen organisiert und durchgeführt.

Baudermord

Ein Petrowitz bei Katowitz ereignete sich eine schreckliche Familientragödie. In der Wohnung Wasserstraße 18 lebte der neunzehnjährige Alfred Knöt seinen 30-jährigen Bruder Erich wegen Erbschaftsstreitigkeiten nieder. Beide Brüder hatten sich allein in der Wohnung aufgehalten und waren, wie das schon so oft der Fall war, miteinander in Streit geraten. Alfred griff in seiner Erregung zum Revolver und gab auf Erich Knöt fünf Schüsse ab. Drei Schüsse gingen fehl, während zwei den Bruder in die Brust trafen und seinen sofortigen Tod herbeiführten. Kurz darauf betrat der jüngste Knöt die Wohnung, der seinen Bruder in einer blutigen Regendose leblos vorfand. Er benachrichtigte die Polizei, die den Mörder verhaftete. Alfred Knöt, der ein Gefährnis ablegte, wurde dem Gerichtsgefängnis in Nikolai zugeführt.

250 000 Zloty Steuerschulden

zahlte die Pleffer Zwangsverwaltung

Wie amtlich berichtet wird, hat die Pleffer Zwangsverwaltung an den schlesischen Finanzbehörden jetzt eine weitere Quote von 250 000 Zloty auf die Steuerschulden des Fürsten von Pleß geleistet, so daß der bisher gezahlte Betrag auf 1 098 326,23 Zloty angewachsen ist. Wie hoch noch die Restschulden sind, wird nicht bekannt. Aber wenn es so weitergeht, kann die Zwangsverwaltung noch einige zehn Jahre ihres Amtes walten, wenn nicht vorher doch inzwischen eine Aktiengesellschaft aus dem Besitz des alten Fürsten von Pleß gebildet wird.

Zwei Tote bei einem Autounfall

Ein schweres Autounfall ereignete sich in der geschäftlichen Stunde in Trunz bei Gding. Ein mit drei Personen besetztes Königsberger offenes Auto kam aus Gding und fuhr beim Passieren der Kurve gegen einen Baum. Die beiden vorderen Insassen kamen unter das Auto und waren sofort tot. Der dritte Insasse wurde mit schweren Verletzungen in das Gdingener Krankenhaus eingeliefert.

Mit Rauch und Qualm gegen ein Störchenpaar

Auf dem Schornstein der Schifffabrik Biedau bei D.-Eglau versucht immer wieder ein Störchenpaar sein Nest zu bauen. Da der Schornstein aber durch das Nest verstopft würde, muß man versuchen, den Nestbau zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde der Ofen angeheizt und zwar mit blutgetränkter Putzwolle. Diese schwarze Rauchwolke quollen aus dem Schornstein und hatten bald die beiden Vögel in schwarze Störche verwandelt. Für kurze Zeit zogen sie es dann auch vor, eine andere gasförmige Stelle aufzusuchen, um aber am Tage darauf von neuem mit dem Nestbau zu beginnen. Augenscheinlich führt der Nestbau bei Störchen noch immer einen schweren Kampf mit den beiden Störchen.

Auf dem Wochenmarkt in Königs-Loheten: Butter 1,20—1,40, Eier 60—70 Gr., Hühner 1,50—2,50, Enten 8 Zloty, Puten 4—6 Zloty, Linsen 1,20 das Paar, Schweinefleisch 60—70 Gr., Rindfleisch 50—70, Kalbfleisch 60—80 Gr., Kartoffeln 1,60 Zloty für den Sennier.

Buchen im Orient . . .

Exkurse aus dem Morgenland
Mitgeteilt von Friedrich Steiner

Der Befehl des Kalifen

Eines Tages ließ der Kalif von Bagdad an die Großen seines Reiches die Hofkammer ergehen, daß zu der nächsten Sitzung des Staatsrates jeder Geladene ein Et mitzubringen habe. Als bald der erlaubte Preis sich versammelt hatte, erhob sich der Kalif: „Meine Freunde! Gleich wird der Dichter Nöwem in unserer Mitte erscheinen. Wir wollen seinen Witz und die Schlagerfertigkeit seines Geistes erproben. Verberge ein jeder von euch das mitgebrachte Et!“

Als bald darauf der Dichter eintraf, hörte er die sornige Stimme des Kalifen: „Ihr seid alle dumme Hennen und schon längst beleidigt ihr mit eurem Gekacke mein Ohr. Wenn ihr jetzt nicht sofort meinem Befehl Folge leistet und jeder von euch rasch ein Et leat, hab ich euer Leben vermerkt!“ Und sich an den Großenwendig wendend, sprach er: „Und du sollst den Anfang machen!“ Der Vertraute des Kalifen erhob sich, machte seltene Bewegungen und brachte schließlich ein Ei zum Vorschein. Es kamen die anderen an die Reihe und unter merkwürdigen Juckungen und Ausrufen legte jeder der Geladenen sein Ei zu Füßen des Kalifen. Verwundert hatte der Dichter Nöwem dem seltsamen Vorgang zusehen, als ihm der Befehl erteilt wurde, ebenfalls dem Gebot des Kalifen Folge zu leisten. Nöwem erschraf. Er sah die erwartungsvollen Blicke auf sich gerichtet. Da durchdrachte ihn ein Gedanke. Sein Mund öffnete sich: ein schrilles Rikerik erlöste aus dem Mund des Dichters, das noch durch eine dem Flügelhellen ähnlliche Bewegung unterstützt wurde. „Erhabener Herrscher“, wandte sich Nöwem an den Kalifen, „so viele Hennen sind, darf ein Hahn nicht fehlen. So laßt mich der Hahn an diesem Hofe sein.“

Der Kalif und seine Würdenträger brauchen in ein heftiges Gelächter aus, ob dieser schlauen Redewendung: „Weil du dich auf so kluge Weise aus dieser ähnen Situation gezogen hast, sei dir deine Bitte gewährt. Du wirst künstlich an meinem Hofe der Hahn im Korbe sein.“ Schloß der Kalif diese eigenartige Staatsratsitzung.

Der Urteilspruch des Rabi

In den Säulengärten des Kalifen erlachte man einen Tag das Geleier dieses Propheten: „Die Lade der Gerechtigkeit“

vorsteht, verkündete der Kalif dieses harte Urteil dem unglücklichen Fäher. Der warf sich dem Herrscher zu Füßen und bat: „Gewährt mir noch eine Lebensfrist von drei Tagen. Dann will ich vor euch hintreten und nur einen Satz sprechen. Rede ich die Wahrheit, so laßt mich durch das Schwert töten, spreche ich eine Lüge aus, so laßt mich durch den Strick hängen!“

So sonderbar dem Kalifen diese Bitte hantierte willfahrte er ihr: „Beim Worte des Propheten schwebte ich, daß dir so geschehen soll, wie du verlangst!“

Als die Gnadenfrist abgelaufen war, führte man den verurteilten Rabi vor den Kalifen. Der Delinquent warf sich dem Herrscher zu Füßen, indem er nur den einen Satz sprach: „Ich werde geköpft!“

„So ist es!“ befahligte der Kalif.

Der Rabi erhob sein Haupt: „Bedenkt ihr auch, Beherrscher der Gläubigen, daß Ihr bann Euren Schwur brecht. Denn wenn Ihr mich hängen laßt, hab ich doch eben die Wahrheit gesprochen. Wenn ich aber die Wahrheit spreche, so sollte ich geköpft werden, lautet unsere Abmachung.“

„Gut — so wirst du eben geköpft werden!“ ordnete der Kalif an.

„Verzeiht, o Herr — auch das widerspricht unserer Vereinbarung. Wenn Ihr mich köpfen laßt, so habe ich mit meinem ersten Satz gelogen, denn ich sagte: Ich werde geköpft! Und wenn ich gelogen habe, so müßt Ihr mich durch den Strick hinstreichen lassen!“

Jetzt erst erkannte der Kalif, daß der schlaue Rabi ihm eine Söllinge gelegt hatte. Er berief die Weisen seines Hofes und erbat ihren Rat. Aber da keiner von ihnen einen Ausweg wußte, wandte der Kalif sich wieder an den Beurteilten: „Du hast als Richter oft gute Proben deines Scharfsinns abgelegt. So sei es jetzt dir überlassen, das Urteil über dich zu sprechen!“

Der Rabi verbeugte sich tief und erwiderte in ehrfurchtvollerem Ton: „Großer Kalif, auch ich vermag der Gerechtigkeit nicht sofort aus der Not zu helfen. Jedoch dem Wesele muß Gerechtigkeit geschehen und das über mich verhängte Todesurteil bestehen bleiben. Darum rate ich Euch: gewährt mir einen Urlaub von 99 Jahren. In dieser Zeit will ich eifrig über meinen Fall nachdenken und ich hoffe, schließlich nach Ablauf dieser Frist im Klaren zu sein; andererseits mögen die Fenster ihr Werk vollziehen — falls mich Allah noch am Leben gelassen hat.“ Der Kalif ließ ihn in die Hände und bedenkete dem Rabi, sich zu erheben: „Geh hin, mein Sohn, und Allah möge deinen Geist noch länger frisch erhalten!“

Die Blinden und das Almosen

Nasreddin Hodjha, der berühmte türkische Spasmacher, traf beim Verlassen der Moschee auf drei Blinde, die ihn mit bittender Stimme um ein Almosen baten. Er besah sich die Bettlergestalten und sagte dann in vernehmlichen Ton: „Da nehmt diesen Apier und teilt ihn eifrig unter euch!“ Im Wirklichkeit gab er keinem etwas. Die Blinden, in der Meinung, daß er das Geldstück irgendeinem von ihnen in die Hand gedrückt habe, dankten dem Spender freudig und wünschten ihm Allahs Segen.

„Nun laßt uns rasch teilen!“ rief einer der Bettler, als er Nasreddin Hodjha außer Geh- und Hörweite vermutete. „Du hast das Geldstück, Gassen, laß es wechseln!“ — „Ich hab nichts bekommen!“ versicherte zornig der Bettler. „Nasreddin hast du es bekommen. Ich sah doch deutlich, wie der Fremde dir etwas zukehrte!“ „Nein — du selbst hast es — du Hundesohn — du willst uns nur belügen!“ Der dritte Bettler mischte sich jetzt brüllend drein: „Ihr seid mir netze Gauner, spielt mir hier eine Komödie vor, um das Geld für euch zu behalten. Aber ich hab euch genau beobachtet!“ Da gerieten die beiden anderen in noch größere Wut und alsbald schlugen die drei grimmig aufeinander los. Bitterkeit hätten sie gar noch mitgeprägt wegen des vermeintlichen Apier, wenn nicht Nasreddin Hodjha plötzlich aufgelaugt wäre und wenn nicht Nasreddin Hodjha plötzlich getrennt hätte: „Das müßt ihr Streitenden mit den Worten getrennt hätte: „Das müßt ihr Mal müßt ihr blinden Brüder eure Augen noch besser aufmachen, damit nicht einer den anderen verächtlich, wo doch keiner von euch etwas bekommen hat.“

Stiller als Kunstmaler. In den Räumen der wilhitebergischen Landesbibliothek in Stuttgart sind zur Zeit sieben Aquarelle ausgestellt, die Giller während des Krieges im Felde gemalt hat. Die Bilder stellen fast durchweg zerfallene Häuser und Landhausruinen dar. In ausländischen Zeitungen wird im Anschluß an diese Mitteilung vermerkt, daß auch Wilhelm II. als Maler tätig gewesen ist.

Freunds Werke erneut verbrannt. Ein Sohn Freunds gibt bekannt, daß eine Kommission die im Leipziger Verband der Internationalen Gesellschaft für Psychoanalyse angefangenen tausende Bücher, die in Deutschland nicht mehr verkauft werden dürfen, konfiszierter und dann verbrennen ließ. Freunds Werke sind schon 1933 bei dem großen deutschen Bücher-Autodafé verbrannt worden. Die Internationale Gesellschaft für Psychoanalyse, die ihren Sitz in London hat, wird die deutsche Regierung Schadensersatzlich machen.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Aus Polen

Um Polens wirtschaftliche Wehrfähigkeit

Die Wichtigkeit der Motorisierung — Steuererleichterungen für Autos

Ob Polens Wirtschaft gerüstet ist, die Wehrkraft des Landes bei etwaigen kommenden Verwicklungen kriegerischer Natur in dem militärisch notwendigen Maße zu unterstützen, ist eine Frage, die den verantwortlichen Kreisen ernste Sorgen macht. Denn die Technisierung der Kriegsführung macht es erforderlich, daß eine moderne Armee von einem Kriegspotential der Wirtschaft, d. h. der Einsatzfähigkeit der Wirtschaft im Kriegsfall unterfützt wird. Gerade auf diesem Gebiete, dessen Wichtigkeit für die Wehrfähigkeit eines Landes immer deutlicher hervortritt, dürfte Polen aber bei der vorwiegend agrarischen Struktur des Landes nicht in dem dem verantwortlichen Leitern der Wehrpolitik erwünschten Maße einsatzfähig sein.

Dieser Fragekreis der Wirtschaftsmobilisierung im Kriegsfall findet daher die größte Aufmerksamkeit nicht nur der Militärbehörden, sondern auch ziviler Kreise. Einen Beweis dafür bildet es, daß der Krakauer Technische Verein der Regierung eine umfangreiche Denkschrift überreicht hat, die sich mit der Wehrvorbereitung Polens beschäftigt. In dieser Denkschrift werden die grundsätzlichen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung Polens, wie sie für die Wehrkraft des Landes im Falle eines Krieges notwendig ist, erörtert. In erster Linie wird darin die Schaffung eines Ministeriums für öffentliche Arbeiten gefordert, wie es bereits früher einmal bestand. In den letzten vier Jahren sei die Lage Polens aus dem Gebiete der technischen Wirtschaft geradezu fatal geworden. In der Frage der Motorisierung werde seit Jahren kein Schritt vorwärts getan. Hinsichtlich der öffentlichen Arbeiten heißt es in der Denkschrift, daß ein Teil von ihnen am günstigsten mit Hilfe eines Gehebes über den Arbeitsdienst durchgeführt werden könne, doch sei der Arbeitsdienst nicht nach deutschem Muster, sondern durch Dienstleistungen, wie sie bereits im Schatzverleihe vorgezogen sind, durchzuführen. In der Denkschrift wird weiter die Schaffung von Ingenieurkammern gefordert, ebenso beim Ministerium für öffentliche Arbeiten die Schaffung einer besonderen Abteilung der technischen Landesverteidigung, die einem höheren Offizier der technischen Truppen unterstellt werden muß. Diese Denkschrift hat großes Aufsehen erregt und die polnischenblätter bringen ausführlich die grundsätzlichen Darlegungen der Denkschrift.

Auch die Militärkreise widmen diesen Fragen große Aufmerksamkeit. So beschäftigte sich das Organ des polnischen Kriegsministeriums „Polsta Brojna“ mit der Lage der polnischen Industrie vom Standpunkt der Wehrfähigkeit des Landes. Das genannte Blatt stellt fest, daß das technische Niveau ein beständiges Sinken gefunden hat, und daß die Arbeitsmethoden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht den Fortschritten entsprechen, die in den westlichen Ländern gemacht worden sind. Die technische Schulung der Arbeiter und der Beschäftigten seien den Anforderungen, die das Jahr 1936 stelle, nicht gewachsen. Das Blatt kommt zu dem Schluß, die Modernisierung der Industrie sei keine Frage der Wirtschaft mehr, sie habe bereits das Ausmaß einer der wichtigsten Erfordernisse der polnischen Politik angenommen.

Aus diesen wehrpolitischen Gründen ist auch die verhärtete Haltung zu erklären, die man der Motorisierung zuneigt. Denn bei dem recht weitläufigen Eisenbahnnetz, insbesondere Langstrecken, spielt das Vorhandensein eines großen Autoparks, der im Kriegsfall für militärische Bedürfnisse herangezogen werden kann, für die Beweglichkeit und Schlagkraft der polnischen Armee eine bedeutende Rolle; die Wichtigkeit dieser Frage für die polnische Armee wird dadurch fast unterstrichen, daß die Grenzstaaten Polens, England und Deutschland, diesen Fragen sehr große Aufmerksamkeit gewidmet haben. So ist es verständlich, daß Polen den Autopark des Landes zu heben versucht. Neben der Schaffung von Automobilwerkstätten im Inlande, die im Laufe der Zeit zu Autokonstruktoren werden sollen, sucht man auch durch Steuererleichterungen für Privatleute Anreize zum Ankauf zu schaffen. So hat am Grund der Empfehlungen des Wirtschaftsministeriums der polnische Finanzminister ein Projekt ausgearbeitet, das Steuererleichterungen für Käufer von mechanischen Fahrzeugen, insbesondere neuen Automobilen, vorsieht. In Polen anzufinnde Personen, die ein neues Auto oder ein Motorrad kaufen erwerben, sollen darauf von dem der Regierung unterliegenden Einkommen den Verkaufspreis bis zur Höhe von 10000 Zloty in Abzug bringen können. Der gleiche Betrag bis zu 10000 Zloty kann auch bei den Einkommen in Abzug gebracht werden, die der besprochenen Einkommensteuer aus öffentlichen Fonds unterliegen. Diese Steuererleichterungen werden allen polnischen Personen gewährt, die einem neuen Kaufwagen oder ein Motorrad in der Zeit vom 1. April 1936 bis zum 1. Januar 1938 erwerben. Die projektirten Steuererleichterungen sind im amtlichen Geschäftsblatt noch nicht veröffentlicht worden, trotzdem sollen sie, wie das Finanzministerium amtlich mitteilt, bereits vom 1. April d. J. ab zur Anwendung gelangen.

Diese Maßnahmen, die im Gegensatz zu den sonstigen strengen Auflagen der polnischen Regierung, des Sicherheitsrats des Staatsratspräsidenten, zu einer Verkürzung der Staatsausgaben zu führen geeignet sind, ändernden jedoch am so häufig die Wirtschaft, die man gerade der Motorisierung zugunsten angestrebt hat, nur aus dem oben skizzierten wehrpolitischen Gesichtspunkten heraus. Diese Maßnahmen sind ein Beweis dafür, wie sich die Wirtschaft, die bis zu einem früheren Zeitpunkt ganz Europa einnahm, nicht nur bei der reinen Kriegsvorbereitung von Gehältern, Leuten usw. leidet, sondern ihre Wunden bis in Gebiete dehnt, die für den Frieden, aber auch zur Wirtschaftlichkeit nicht sind.

Die deutsch-polnische Plankonvention

Zum ersten Male im Falle des veranschlagten Jahresplanes

Bestimmlich haben in der Zeit vom 17. bis 30. April die von den deutschen und der polnischen Regierung mit der Durchföhrung des am 1. November 1935 abgeschlossenen deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages und Verrechnungsabkommens zusammenhängenden Verhandlungen eine fast ausschließlich deutsche Kommission der Regierung in Warschau beauftragt. Diese Kommission besteht aus dem polnischen Botschafter in Berlin, der im Auftrag der polnischen Regierung in Warschau nach Polen geschickten wurde, den bei Verhandlungen des Wirtschaftsvertrages vorgeschlagenen polnischen Vorschlägen nicht zurückzuführen zu lassen, sondern sie für den Herbst zum ersten Male die polnische Kommission in der neuen Höhe des Jahresplans zulassen. Inzwischen ist man für die Zukunft mit einer einmündigen deutsch-polnischen Kommission rechnen zu können, nachdem die polnische Wirtschaftsverwaltung sich bereit erklärt hat, das seit am 1. November 1935 bestehende deutsch-polnische Wirtschaftsvertragsverhältnis mit einer einmündigen deutsch-polnischen Kommission zu regeln. Die Kommission soll im Herbst 1936 ihre Tätigkeit aufnehmen, die auch für die Zukunft eine der deutschen Kommission nach Polen entspre-

hende polnische Kommission nach Deutschland im Rahmen des ursprünglich vorgesehenen Jahresplanes möglich macht.

Ferner haben die Regierungskommissionen eine Reihe von Einzelfragen im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsvertrag und dem Verrechnungsabkommen erörtert. Zugleich wurde vereinbart, die nächste Tagung der Regierungskommissionen Mitte Mai stattfinden zu lassen.

Danziger Marktberichte

Der Getreidemarkt

Im Laufe der Berichtswoche war in Danzig die Tendenz ziemlich fest, eine Erleichterung, die auch die feste Stimmung und die wesentlich höheren Notierungen der amerikanischen Börsen zurückzuführen war. Da in den Getreidegebieten Amerikas nämlich seit längerer Zeit kein Regen gefallen war, befürchtete man, daß die Ernteaussichten dadurch nachteilig beeinflußt würden. Auf diese pessimistische Beurteilung der Ernteaussichten haben die Börsen durch Preisrückführungen reagiert. Sowohl aus diesem Grunde wie aus infolge des andauernd knappen Angebots verminderten sich in Danzig die Preise gleichzeitig wesentlich zu bessern. Da die gezahlten Preise für den Export wenig Gewinnmöglichkeiten ließen, kamen auch nur in geringem Umfang Geschäfte mit dem Ausland zustande. Die hiesigen Exporteure legten bei ihren Einkäufen jedoch trotzdem die erhöhten Preise an, weil sie hofften, daß das Ausland gleichfalls zur Bewilligung höherer Preise schreiten würde. Nachdem nun vorgehens in verschiedenen Gegenden Amerikas Regen gefallen ist, haben die Börsen darauf sofort reagiert. In Chicago und Minneapolis, den Hauptgetreidebörsen des nordamerikanischen Kontinents, gaben die Preise um 2-3% ab. Daran folgte auch die Preise für polnisches Getreide. Man zahlte gestern für Weizen 15-16 Groszy weniger als in den vorhergehenden Tagen. Die Roggenpreise blieben jedoch trotzdem unverändert, weil Angebot aus der Provinz so gut wie überhaupt nicht vorliegt und allgemein die Ansicht herrscht, daß nur noch wenig Roggen im polnischen Inlande für den Export verfügbar ist.

Man zahlte gestern (alle Preise in Zloty):

Gerste: Futtergerste 106 Pfd. wurde mit 15.— bewertet, Durchschnittsgerste 114/15 Pfd. mit 16,65, Mittelqualitäten mit 16,80-17,00, während gute Gerste bis 17,25 brachten.

Roggen, Perlendrogge durch Regen, wurde mit 16,35 bezahlt, Pommereken und Posen Roggen bei Perlendrogge durch Roggen mit 16,15, tschechoslowakischer Roggen 118 Pfd. mit 16,10.

Bei Weizen legte man für Dantweizen 129/30 Pfd. 21.— für Weizen 21/25 an.

Hafer ist fast unverändert geblieben. Kongresspolnischer Hafer 49/49 Kilogramm brachte gestern 15.—, Pommereken und Posen 15,75-17,00 je nach Qualität.

Bei Hülsenfrüchten ist das Geschäft in Viktorien ebenfalls ebenso wie in anderen Erbsen immer noch sehr ruhig. Da Vorkaufsmöglichkeiten fehlen, wollen die Exporteure nichts unternehmen. Felchiken bringen je nach Qualität 2,00-2,50, Widen 2,00-2,50, Pferdebohnen 1,50-1,90, für Buchweizen mit 5 Prozent Weizen zählt man 16,50, mit 10 Prozent Weizen 16,25 und mit 20 Prozent Weizen 15,50. Delikatessen sind ebenso wie Riesenarten ohne Geschäft.

Der Getreidemarkt

Die Berichtswoche brachte eine kleine Belebung der Nachfrage, und zwar besonders Interesse für Harmoniker Matties und gute Spinnen-Matties. In Spinnen-Matties sind die Bestände jetzt so gut wie völlig geräumt. Auch Harmoniker Matties sind nur noch in ganz geringem Umfang vorhanden. Von Harmonikermatties sind noch verschiedene Respartien Matties auf den Lager der hiesigen Importeure vorhanden, die aber vollständig wenig gefragt sind. Mit einer größeren Nachfrage dürfte vor der neuen Saison nicht mehr zu rechnen sein. Auf die Preise dürfte dies aber wenig ohne Einfluß bleiben. Neue Spinnungen werden in Danzig Mitte Juni erwartet. Man hofft, bis dahin die Lager völlig geräumt zu haben. An Einführungen ist nichts zu verzeichnen.

Anleihen und Hafentwiese

Die Forderung des Kampf Komplexes — Notieren beifügen

Wir haben uns kürzlich mit dem Konfurrenzkampf zwischen Rotterdam und Antwerpen recht ausführlich beschäftigt. Nicht unwichtig ist der Weg, den die holländische Regierung einschlägt, um die Konfurrenzkämpfe zu beenden. Die holländische Regierung bezieht sich nämlich auf eine Verlagerung ihrer Kredite in Holland. Sie hat auch zu dem sehr günstigen Zinsfuß von 2½ Proz. eine dreijährige Verlagerung ergriffen. Die französische Regierung bezieht sich ebenfalls auf holländische Kredite. Alles dieses ist von der Genehmigung der holländischen Regierung abhängig, die diese Möglichkeit eines Danks auszuüben, bezieht auf eine Regelung der Haftungen zu treffen. Man sieht nämlich in Holland auf dem Standpunkt, daß Antwerpen dem Rotterdam Hafen eine Dumping-Konfurrenz mache, bei der es sich selbst verliere. Die Hafentwiese ist unerschwinglich; eine Auslieferung der Rotterdam-Hafen und hauptsächlich auf der Antwerpener Seebühnen an die Antwerpener Seebühnen. Außerdem kann Antwerpen aber auch durch die vom belgischen Staat gewährten Subventionen Rotterdam unterbieten. Holland ist zwar gewillt, wenn Verhandlungen zu seinem Gunsten führen, nach auf diesem Gebiet mit gleichen Maßnahmen zurückzugehen, aber es würde die Gefährdung, wo man von ihm den Dienst einer Antwerpener-Lagerung zu sehr günstigen Bedingungen verlangt, zur Erlangung eines Tarifabschlusses beenden. Im Rahmen dieser Erwägung hat die holländische Regierung auch an die belgische Regierung in folgender Weise zu unterrichten. Frankreich erhebt ein besonderes „surtaxe d'entrepot“ auf die Verladung in fremde Häfen, hat aber diese Sonderabgabe für Antwerpen gestrichen. Die holländische Regierung wolle nun bei der Internationalen der gleichen Steuererhebung für den Rotterdam-Hafen bestehen und hat dazu die belgische Regierung um ihre Unterstützung gebittet. Die belgische Regierung hat dieses Ergehen abgelehnt, da sie es für unzulässig hielt, sich im Interesse einer belgischen Hafen bei der Internationalen Regierung für eine unzulässige Frage zu verwenden. Damit ist nun die Genehmigung der Antwerpener-Lagerung durch die holländische Regierung praktisch gesichert. Da aber gleichzeitig auch mit Frankreich über eine Hafentwiese von einer Internationalen Konferenz verhandelt wird, kann dieser Kampf der holländischen Regierung wohl auch leicht durchgesetzt werden. Die Genehmigung der Belgischen Regierung wird jedenfalls in erster Linie davon abhängen, ob die belgische Regierung in diesen Fragen die Empfehlungen annimmt.

Starter sowjetische Dampferverkehr in Obingen. Im Obinger Hafen befinden sich augenblicklich drei russische Dampfer, und zwar „Spartak“, von Murmansk mit 2150 To. Kohlenkapazität kommend, „Ufa“, ebenfalls von Murmansk, mit 2300 To. Ladung, „Transbaik“, vom Schwarzen Meer mit Manganzeladung; letzterer ladet jetzt in Obingen als Rückfracht Kohle. Außerdem wird der sowjetische Dampfer „Mischal Frunze“ aus Murmansk mit 2650 To. Ladung erwartet.

Beschel in der polnisch-französischen Hafenbaugesellschaft. Wie die „Gazeta Gdanstka“ meldet, hat der Direktor der französisch-polnischen Gesellschaft für den Hafenbau in Obingen, Ingenieur de Goff, sein Amt niedergelegt. An seine Stelle tritt Ingenieur Rabaut.

Industrieproduktion und Spiritusverbrauch — Rekordabsatz für gewerbliche Zwecke. Der Spiritusabsatz des Spiritusmonopols im Budgetjahr 1935/36 beträgt nach der Abschätzung vom 31. März 1936 insgesamt 54.183.000 Liter 100prozentigen Spiritus. Veranschlagt waren nur 51.622.000 Liter. Es sind also 7.163.000 Liter mehr als im Jahre 1934/35 verkauft worden. Es ist also ein Absatz erzielt worden, der an die besten Konjunkturaljahre 1928/30, in denen 60 Millionen Liter umgesetzt wurden, heranreicht. Besonders Gewicht muß auf die Erhöhung des Absatzes von Spiritus für technische Zwecke gelegt werden. 1935/36 wurden für Industrie- und Heizzwecke 4.158.000 Liter, zu Antriebszwecken 9.656.000, als Brennspiritus 9.233.000 und für Leuchte 166.000 Liter, insgesamt 23.043.000 Liter, verkauft. Im Vergleich mit 1934/35 ist in dieser Kategorie ein Mehrabsatz um 1.664.000 Liter zu verzeichnen. Das letztjährige Ergebnis ist die Höchstmenge, die das Spiritusmonopol bisher seit seinem Bestehen an Spiritus für technische Zwecke abgesetzt hat. 1928/29 wurde bei einem allgemeinen Verbrauch von 60.679.000 Liter für technische Zwecke nur 11.664.000 Liter oder 19 Prozent verwendet, für 1935/36 ist der Absatz hierfür auf 52 Prozent des Gesamtabsatzes gestiegen.

Der erste Kurs der Investitionsprämienanleihe. Vor gestern wurde die 3prozentige Investitionsprämienanleihe zum erstenmal amtlich notiert; sie erzielte einen Kurs von 70 pro 100. Die gesamte Serie (50 Stück) wurde mit 74 und 75 pro 100 notiert.

Die Fischgefrieranlage in Obingen. In der ersten Probezeit der Fischgefrieranlage vom 18. März bis zum 8. April war die Gefrieranlage in Obingen 18 Mal, und zwar insgesamt 145 Stunden lang in Betrieb. Es wurden im ganzen 64.400 Kilo Fische zum Gefrieren gebracht. Die Selbstkosten des Gefrierens betragen 8 Zloty je 100 Kilo. Weitere Versuche sollen erproben, ob es nicht gelingt, die Selbstkosten noch weiter zu senken.

Der Stand der Arbeitslosigkeit. Nach amtlichen Meldungen sind in Polen am 15. April insgesamt 458.064 Arbeitslose vorhanden gewesen, also 20.985 weniger als am 1. April. Im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres ist die Erwerbslosenanzahl um 37.813 zurückgegangen. In Warschau waren am 15. April 29.686 registrierte Arbeitslose, also 1204 weniger als am 1. April; im Warschauer Kreis 27.836, also 1206 weniger als am 1. April; in Lodz 44.248, also 1202 weniger; im Lublauer Kreis 11.030, also 910 weniger; in Sosnowice 30.846, das sind 1571 weniger; in Oberschlesien 109.865, also 2902 weniger; in Posen 29.154, also 824 weniger registrierte Arbeitslose vorhanden.

Lagererfülle in Danzig gefenkt

Wie die „Gazeta Handlowa“ meldet, ist im Danziger Hafen der Tarif der Einlagerungsgebühren gesenkt worden, und zwar für die Lagerung im Freibezirk und Reichshafen. Bis jetzt betrug der Lagererfülle 6,3 Pfennig je Quadratmeter für die ersten 15 Tage und 16 Pfennig für jeden weiteren Tag. Von jetzt ab stellt er sich auf 5 Pfennig je Quadratmeter für die ersten 15 Tage und 10 Pfennig für jeden weiteren Tag. Im Keller der zweiten Halle des Freibezirks ist ein einseitiger Tarif festgesetzt, der sowohl im Sommer wie auch im Winter gilt und 3 Pfennig pro Quadratmeter täglich beträgt. Der Hafenausbau hat damit die Aufwertung der Lagererfülle nach der Gegenüberstellung rückgängig gemacht. Das bezieht sich nicht auf die Lagerung von Holz, wofür die Gebühr bisher nicht angewendet worden waren. Für Waren, welche in den Kellern zur Einlagerung gelangen, tritt von jetzt ab eine Senkung von 25 Prozent gegenüber den bisherigen Sätzen bei der Bemessung von Kränen zur Umlagerung aus den Hallen in den Keller ein.

An den Börsen wurden notiert:

Devisen
Danziger Devisenkurs vom 21. April. Von der Bank von Danzig sind folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt worden:
Fremdwährungen: New York 1 Dollar 5,2975 — 5,3185; London 1 Pfund Sterling 33,19 — 33,29; Berlin 100 Reichsmark 213,08 — 213,57; Paris 100 Francs 99,80 — 100,20; Brüssel 100 Francs 172,66 — 173,54; Warschau 100 Zloty 94,93 — 95,07; Amsterdam 100 Gulden 350,03 — 361,12; Stockholm 100 Kronen 89,63 — 89,98; Stettin 100 Kronen 125,08 — 125,57; Danzig 100 Kronen 116,87 — 117,08; Ost 100 Kronen 121,54 — 122,02; Kaufmann: 100 Zloty 99,80 — 100,20.
Börsennotierungen vom 21. April. Belgen 89,90 — 90,08 — 89,72; Berlin 213,45 — 213,98; London 33,19 — 33,29; Goldmark 360,45 — 361,17 — 360,73; Amsterdam 117,30 — 117,59 — 117,01; Danzig 26,27 — 26,24 — 26,20; Warschau 5,314 — 5,321; New York 5,2975 — 5,3121; Stettin 182,00 — 182,33 — 181,61; Paris 35,01 — 35,08 — 34,94; Frankfurt 21,26 — 22,09 — 21,92; Stettin 125,45 — 125,78 — 125,13; London 173,18 — 173,84; Spanien 72,38 — 72,73 — 72,43; Kaufmann: 94,93 — 95,07 — 94,93 — 94,93.
Danziger Effektenbörse vom 21. April. In Danziger Gulden wurden notiert für: 4proz. (früher 8proz.) Danziger Genossenschaftsbank-Anleihe, Serie 1-9 69,00.

An den Produktionsbörsen

Danziger Produktionsbörsen vom 21. April. (Soweit amtliche Notierungen, für 100 Kilogramm.) Weizen, 120 Pfd. 20,00; Weizen, 120 Pfd. 20,00; Weizen, 120 Pfd. 20,00; Roggen, 120 Pfd. 15,25 — 15,25; Roggen, 120 Pfd. 15,25; Gerste, klein 16,50 — 16,75; Gerste, mittel 16,50 — 16,50; Gerste, 114/15 Pfd. 16,25; Weizen, 100 Pfd. 15,75; Weizen, 100 Pfd. 15,75; Weizen, 100 Pfd. 21 — 21; Weizen, 21 — 21; Weizen, 21 — 21.
Danziger Produktionsbörsen vom 21. April. (Soweit amtliche Notierungen, für 100 Kilogramm.) Weizen, 120 Pfd. 20,00; Weizen, 120 Pfd. 20,00; Weizen, 120 Pfd. 20,00; Roggen, 120 Pfd. 15,25 — 15,25; Roggen, 120 Pfd. 15,25; Gerste, klein 16,50 — 16,75; Gerste, mittel 16,50 — 16,50; Gerste, 114/15 Pfd. 16,25; Weizen, 100 Pfd. 15,75; Weizen, 100 Pfd. 15,75; Weizen, 100 Pfd. 21 — 21; Weizen, 21 — 21; Weizen, 21 — 21.
Danziger Produktionsbörsen vom 21. April. (Soweit amtliche Notierungen, für 100 Kilogramm.) Weizen, 120 Pfd. 20,00; Weizen, 120 Pfd. 20,00; Weizen, 120 Pfd. 20,00; Roggen, 120 Pfd. 15,25 — 15,25; Roggen, 120 Pfd. 15,25; Gerste, klein 16,50 — 16,75; Gerste, mittel 16,50 — 16,50; Gerste, 114/15 Pfd. 16,25; Weizen, 100 Pfd. 15,75; Weizen, 100 Pfd. 15,75; Weizen, 100 Pfd. 21 — 21; Weizen, 21 — 21; Weizen, 21 — 21.

Der Raubüberfall in Kl. Plehnendorf

Zwei Jahre und drei Monate Gefängnis für einen ehemaligen SM-Mann

Wir berichteten Anfang März über einen verurteilten Raubüberfall des 23jährigen früheren SM-Mannes Bruno P... auf das Hausmädchen Gerda Weder, das bei dem Fleischermeister P... in Klein-Plehnendorf in Stellung war.

Der einfache Diebstahl, bei dem es sich um 30 Gulden handelt, fällt in den August des vorigen Jahres zurück. Durch Erlass des Amnestiegesetzes ist P... amnestiert worden. So kam das Gericht in diesem Falle zur Einstellung des Verfahrens. P... war seit November erwerbslos und bezog eine Unterstützung von 7,20 Gulden.

Am 29. Februar brauchte er Geld. Da er jahrelang am Sandweg gewohnt hatte, war ihm das Bestehen des Fleischermeisters P... in Klein-Plehnendorf gut bekannt. Ihm war auch bekannt, daß der Fleischermeister am Sonnabend stets auf dem Markt und das Haus deshalb verlassen war.

Er klemmte den Fuß in den Türspalt, riß die Tür auf und schlug auf das Mädchen ein.

Dieses, zunächst ganz überrascht, setzte sich zur Wehr. Zwischen beiden entstand ein Ringeln, und als das Mädchen nach Hilfe rufen wollte, würgte der Unhold es und steckte ihm die Finger in den Mund. Das Mädchen biß kräftig zu und konnte sich dadurch aus der Umklammerung befreien.

Der Herr Gemeindevorsteher ließ aber sagen, daß man den Täter ruhig laufen lassen solle. Seine Personalien wären ja bekannt und ein Arzt koste Geld!

So erfreute sich der Unhold noch einige Tage der Freiheit, bis er durch die Polizei verhaftet und am 9. März in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde.

Der Angeklagte hatte sich eine geradezu lächerlich wirkende Verteidigung zurechtgelegt. Seinen Angaben nach ist er nur auf das fremde Grundstück gegangen, um dem Mädchen einen Liebesantrag zu machen. Der Angeklagte ist schon einmal wegen Diebstahls und einmal wegen Betruges verurteilt.

Randgerichtsrat Draeger, als Vorsitzender des Schöffengerichts, kam zu einem gleichlautenden Urteil, doch wurden dem Angeklagten drei Wochen von der erstinstanzlichen Untersuchungshaft angerechnet. Die Stellung unter Polizeiaufsicht wurde für drei Jahre festgesetzt.

Was geht in der Schibziger NSDAP vor?

NS-Frauenchaftsleiterin amtsentlassen

Frau Sudermann, Ehefrau des Steuerinspektors Theodor Sudermann aus Schibitz, ist seit Tagen von ihrem Posten als Kreisleiterin der NS-Frauenchaft abgelöst worden. Alle Rechte usw. sind ihr entzogen.

Die Danziger Feuerwehr war gestern von 19.47 bis 22.13 Uhr in der Hofmannstraße 5 bei einem Balkenbrand tätig. Das Feuer war durch eine schadhafte Stelle im Schornstein entstanden und wurde mit einer Eimerbüchse gelöscht.

Polizeibericht vom 22. April 1936. Verhaftet sind 11 Personen, davon 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Vergehens, 2 wegen Schmutzgehalts, 1 wegen Bedrohuna, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Trunkenheit, 1 wegen Abhiebung.

Verloren: 2 Mitgliedskarten der Reichskammer Artistik von Berlin und Danzig für Vera Tschewowa, 1 Fahngelüb — Obergelüb.

Seltene Reklame für Deiter-Produkte

Deiter-Direktoren demolieren ein oppositionelles Lokal

Die nationalsozialistischen Feiern anlässlich des Geburtstages des Reichskanzlers Hitler haben zu manchen Zwischenfällen geführt. Nebenbei wie früher, zu Kaisers Geburtstag, hat die NSDAP in ihren „Gliederungen“ reichlich sogenannte Beförderungen ausgesprochen.

In Oliva erregt das Lokal Strehlau, am Markt, das Mißfallen gewisser Nationalsozialisten. Das Haus war ihnen anscheinend nicht genügend geskagat, und die Gäste erregten sich nicht ihrer Sympathie. Am Dienstag, gegen Mitternacht, betätigten sich daher vier SM-Männer auf ihre Weise an den äußeren Einrichtungen des Lokals.

Am nächsten Tage, also gestern, trug sich dann Folgendes zu: Arbeiter, die sich in der Nähe des beschädigten Lokals aufhielten, den Schaden betrachteten und über den Vorfall diskutierten, bemerkten, daß die beiden Direktoren der Deiter-Werke, zusammen mit dem Polizeibeamten, der die Anzeige erstattet hatte, und in Begleitung eines höheren SM-Charakteren, in das Lokal Strehlau gingen.

eben die beiden Direktoren der Deiter-Werke, der Angekündigte des Steueramts Kaurowski und ein Arbeiter der Deiter-Fabrik namens Behrend.

Die genauen Personalien der beiden Deiter-Direktoren sind uns zur Zeit nicht vollständig bekannt. Wir hoffen aber, sie noch zu erfahren.

Jetzt wollten die Herren Direktoren die Angelegenheit „stillmachen“. Sie boten dem Wirt eine größere Summe (man spricht von 500 Gulden), wenn er auf die Weiterverfolgung verzichte. Der geschädigte Wirt ist jedoch darauf nicht eingegangen, denn, abgesehen von dem Sachschaden, hat seine Frau, die gerade in der Nacht bediente, einen Nervenzusammenbruch bekommen, der sie wahrscheinlich längere Zeit arbeitsunfähig machen dürfte.

In Oliva bietet der Angriff auf das Lokal Strehlau regen Diskussionsstoff, denn die Herren Direktoren der Deiter-Werke sind immerhin leitende Angestellte eines Unternehmens, das seine Erzeugnisse recht gern an Personen absetzt, die sich nicht zu den Nationalsozialisten bekennen.

Von der Zoppoter Sozialdemokratie

Eine Monatsversammlung

Die Monatsversammlung der Zoppoter sozialdemokratischen Ortsgruppe vom letzten Freitag, in der wieder eine Anzahl neuer Mitglieder begrüßt werden konnte, erfuhr eine willkommene Bereicherung durch einen Vortrag des Parteisekretärs Johannes Mau, der sich im besonderen mit der Politik des Völkerbundes und dessen Stellungnahme zu den „Kritiken“, einschließlich Danzigs, beschäftigte.

Abg. Mau schilberte eingehend die Lage in Danzig und den Verfassungstampf der Danziger Sozialdemokratie. Die Danziger Sozialdemokratie habe die Gewißheit, daß sie in diesem Kampf nicht allein stehe. Sie blide deshalb getroßt und siegesgewiß in die Zukunft.

Unser Wetterbericht

Veröffentlichung des Observatoriums der Freien Stadt Danzig

Wasserdampf-Bewölkung, vereinzelt Schauer, mild

Allgemeine Uebersicht: Das gestern bei Irland aufgetretene Randstief ist bis nach Mitteldeutschland vorgebrochen. Es hat sich über Zentraluropa ausgedehnt und nimmt weitere Störungen, die sich im Mittelmeer und über Italien entwickelten, in sich auf.

Vorhersage für morgen: Wechselnd bewölkt, Regenschauer, schwache bis mäßige, umlaufende Winde, mild. Ausichten für Freitag: Wolfig, kühl.

Maximum des letzten Tages: 14,0 Grad. — Minimum der letzten Nacht: 1,5 Grad.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Finn. D. „Laska“, 21. 4. fällig, Pam; Finn. D. „Telma“, 21. 4. fällig, Pam; poln. D. „Sud“ und „Gul“, ca. 23./24. 4. fällig, Pam; schwed. D. „Merkur“, 21. 4. von Walmö, Atlantik; dan. D. „Bredand“, 22. 4. fällig, Klotra; dan. D. „Sjælland“, 21. 4. fällig, Klotra; dt. D. „Hilke“, 22. 4. von Lübeck, Wollf; dt. D. „Ella Palm“, 21. 4. von Rotterdam, Eifen, Bergenfke; engl. D. „Orca“, 21. 4. von Rotterdam, leer, Bergenfke.

Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Salsia“, 25. 4. fällig, Wollf; D. „Anna Gonsandris“ u. „Gingaska“, 27. 4. fällig, Wollf; D. „Ella“, fällig Ende April, Pam.

*) * * *

Der Deiter. „Selbst wenn ich Ihnen zwanzig Pfennig gäbe, Sie würden sie in der nächsten Schnapsstunde ver trinken.“ — „Gut, Frau, ich werde mir einen Logenplatz in der Oper nehmen.“

Das nennt man Schalk. „Ich habe gehört, daß Sie erzhit haben, ich hätte Sie geküßt! Ich will Ihnen nur etwas sagen: Sie sind der Letzte, den ich küssen werde!“ — „A-hö, mein Fräulein, dann warte ich!“

Das Rotationspapier für die „Volksstimme“

Das Verfahren gegen den Verleger Fooker eingeklärt

Das Schöffengericht unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Draeger verhandelte gestern gegen den Verleger der „Danziger Volksstimme“, Anton Fooker, der sich gegen die Devisenvorschriften vergangen haben sollte. Dieser Vorwurf war schon einmal Gegenstand einer Schnellgerichtsverhandlung. Nach eingehender Beweisaufnahme war der Schnellrichter zu der Auffassung gelangt, wenn überhaupt ein strafbares Vergehen vorliege, so sei das so gering, daß eine höhere Strafe als 600 Gulden nicht in Frage komme.

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen diese Einstellung des Verfahrens Beschwerde erhoben, worauf der Beschwerderichter die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schöffengericht verwies. Um es vorweg zu sagen, auch diese Verhandlung endete mit der Einstellung des Verfahrens auf Kosten der Staatskasse.

Vor dem Schöffengericht wurde die Angelegenheit noch einmal eingehend verhandelt. Anton Fooker hat das zum Zeitungsdruck notwendige Rotationspapier regelmäßig von einem Danziger Vertreter bezogen, der das Papier von einer polnischen Zentrale bezog. Der Danziger Vertreter hatte durch die Abwertung des Gulden Verluste, vor denen er sich in Zukunft schützen wollte. Er veranlaßte deshalb, daß der Verleger Fooker direkter Abnehmer der polnischen Zentrale wurde. Es wurde eine generelle Bestellung gemacht, monatlich dann die genaue Bezugsmenge festgestellt.

Als nun die Devisenbewirtschaftung in Danzig eingeführt wurde, fanden Verhandlungen mit der Devisenstelle statt, wobei festgestellt wurde, daß die „Volksstimme“ die für Zeitungspapier benötigten Devisen erhalten würde. Das ist auch geschehen. Jeden Monat wurde die erforderliche Menge Papier (40.000 Kilogramm) geliefert und auch die dafür notwendigen Devisen zugestellt.

Das ging bis zum Oktober vorigen Jahres. Da wurden plötzlich die Devisenzuteilungsanträge der „Volksstimme“ moniert. Der Verlag sei ohne Genehmigung der Devisenstelle Zahlungsverpflichtungen im Auslande eingegangen, was nach den Vorschriften ja strafbar ist. Die Einholung einer solchen Genehmigung war aber nicht notwendig, da der generelle Auftrag für die laufende Lieferung von Papier schon vor Erlass der Devisenbestimmungen erteilt worden war. Die Devisenstelle zweifelte diese Auftragerteilung an. So kam es zur Verhandlung vor dem Schöffengericht und jetzt vor dem Schöffengericht. In beiden Verhandlungen wurde der Beweis dafür angetreten, daß die generelle Auftragserteilung vor Erlass der Devisenbestimmungen erfolgt war.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Koch war demnach der Ansicht, daß ein Vergehen gegen die Devisenvorschriften vorliege. Es könne aber mit einer Geldstrafe gelöst werden. Er beantragte eine Geldstrafe von 1000 Gulden. Rechtsanwält Dr. Kamnitzer, der Verteidiger des Verlegers Fooker, plädierte auf Einstellung des Verfahrens.

Nach kurzer Beratung des Schöffengerichts verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Draeger, das Urteil, das auf Einstellung des Verfahrens lautete. Selbst wenn eine strafbare Handlung vorliege, so sei die Schuld so gering, daß sie nicht mehrbar sei. Deshalb sei auf Einstellung des Verfahrens erkannt worden. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Deutscher Schritt in Prag. P.M. meldet aus Wien, daß die deutsche Reichsregierung gegen die letzten Vereinbarungen zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich, wodurch die Tschechoslowakei Oesterreich Vorzugsrechte für die Einfuhr seiner Produkte zugebilligt hat, in Prag Einspruch erhoben hat. Die Reichsregierung beruft sich auf das ihr von der Tschechoslowakei zugestandene Weisheitsanlinnungsrecht. Die tschechoslowakische Regierung hat eine Abschrift des Einspruchs der Oesterreichischen Regierung zur Kenntnisnahme angeleitet. Die Reichsregierung hat in Wien keinen Schritt unternommen, weil Wien gegenüber für einen solchen Schritt keine juristischen Voraussetzungen bestehen.

Heute Kraftfahrzeugverkehr in Paris. Die Kraftfahrzeugfahrer in Paris beschlossen am Dienstag nachmittag in einer Versammlung, von Mittwoch früh 6 Uhr bis Donnerstag früh 6 Uhr zu streiken. Ein riesiger Zug von mehreren hundert Kraftfahrzeugen fuhr nach der Versammlung über die Hauptstraßen zum Arbeitsministerium, um dort die Forderungen der Kraftfahrzeugfahrer zu übergeben.

Englisch-ägyptische Verhandlungen vertagt. Die englisch-ägyptischen Verhandlungen sind bis nach den Parlamentswahlen unterbrochen worden, um den Mitgliedern der ägyptischen Abordnung die Teilnahme am Wahlkampf zu ermöglichen. Der Wiederbeginn der Verhandlungen ist auf den 5. Mai festgesetzt worden. In einer gemeinsamen Verlautbarung stellen beide Parteien fest, daß die bisherigen Verhandlungen im besten Einvernehmen stattgefunden hätten, und daß auch bereits in verschiedenen Punkten Fortschritte erzielt worden seien.

Neuer Präsident in Venezuela. Am 19. April ist der Kongress zusammengetreten. Der Präsident überreichte in der Eröffnungsrede seine Botschaft und beauftragte Dr. Arminio Borjas, Mitglied des Bundesrats und Obersten Gerichtshofes, mit der Vollzugsgewalt.

Lesen Sie die Volksstimme täglich

Füllen Sie nachstehenden Bestellschein aus

Bestellschein

Unterzeichneter bestellt hiermit die „Danziger Volksstimme“ Bezugspreis: 3,00 G monatlich, 1,50 halbmonatlich, 0,75 G wöchentlich

für den Monat durch die Post — Trägerin — frei Haus

Name

Wohnung

Ort und Datum

Bestellungen nehmen entgegen die Post, die Trägerinnen und der

Verlag „Danziger Volksstimme“

Danzig, Am Spennhaus 6

Kritik unerwünscht

Danziger Wirtschaftsberichte und deutsche Presse

Wir erhalten folgende Zuschrift: Ein Danziger Journalist schreibt sei vielen Jahren für deutsche Wirtschafts-Zeitungen Bericht...

Unter solchen Umständen bzw. Bevormundungen sollte der Referent natürlich nicht weiter berichten...

Es fällt nun zunächst auf, daß eine deutsche Wirtschafts-Zeitung von einem Danziger Wirtschaftsverbande die Erlaubnis zur Veröffentlichung von Artikeln erhalten muß...

Eine berechtigte Kritik im Wirtschaftsleben ist die Grundlage einer gesunden Wirtschaft...

Flaggenhissung auf MS. „Dator“

Am Freitag wurde in Krietz das dort neu gebaute polnische Motorboot „Dator“, ein Schwereboot von Motorboot „Viludisti“, durch die Verwaltung der Gdingen-Amerika-Gesellschaft feierlich übernommen...

Einschreibbewilligungen werden in Danzig erteilt. Bewilligungen von Einschreibbewilligungen, die vom polnischen Ministerium für Handel und Gewerbe erteilt sind...

worben sind, können jetzt durch den Delegierten des polnischen Ministeriums für Handel und Gewerbe bei der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig vorgenommen werden...

Polnische Express-Güterzüge

Im Verkehr Warschau-Łódź-Danzig-Gdingen ab 15. Mai

Die uns der Hafenansichtsbüro mitteilt, wird mit Inkrafttreten des neuen Fahrplanes am 15. Mai laufenden Jahres ein Express-Güterzugpaar probeweise in den Verkehr gebracht...

Table with 4 columns: Direction, Start Time, End Time, Arrival Time. Rows include Warsaw 19:30, Danzig 4:48, Gdingen 5:40, Łódź 7:53.

Die mit diesem Expressgüterzugpaar zu befördernden Güter müssen 2 Stunden vor Zugabgang der Eisenbahn zum Versand übergeben werden.

Die Auflieferung erfolgt mittels Gilfrachttorrien, die Frachtberechnung auf Grund der gewöhnlichen Gilfrachttarife ohne Zuschlag...

Das erwähnte Zugpaar verkehrt mit einer Stundengeschwindigkeit von 60 Kilometer. Die Eisenbahnwagen sind mit durchgehenden Luftbremse ausgerüstet...

Der tuberkulose Lehrer

Der Staat haftet für Gesundheitsrisiken der Kinder

Im Amtsblatt des Reichserziehungsministers berichtet Regierungsrat Krüger von einem Urteil des Reichsgerichts (III 1035). Danach hat der Rektor einer Schule darauf zu achten, daß Lehrer, die unter Erscheinungen erkrankt sind, die den Verdacht von Tuberkulose erwecken...

Im vorliegenden Falle war ein Schülmädchen durch einen tuberkulosekranken Lehrer angesteckt worden.

Reichsgericht stellt fest, daß der Rektor für diesen Vorfall verantwortlich ist. Für den Schaden, soweit er materiell überhaupt zu ersehen ist, haftet daher nach Meinung des Reichsgerichts der Staat...

Freitod eines Zweinndachtzigjährigen

Den Gastod gesucht hat der 82 Jahre alte Schuhmachermeister Heinrich B. in Danzig. Der alte Mann wurde zwar noch lebend aufgefunden, doch ist er auf dem Wege zum Krankenhaus verstorben.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

Table with 3 columns: Date, Location, Program. Rows include London Regional, London Regional, London Regional, etc.

Wasserstandsnotizen der Stromweichsel vom 22. April 1936

Table with 4 columns: Date, Location, Change, Level. Rows include Thorn, Fordon, Gdansk, etc.

Servantwürdig für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Popen, beide in Danzig, Druck und Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. Popen, Danzig, Am Schenkenhaus 6.

Donnerstag, den 23. April, 8.30 Uhr, in der Sporthalle Hindenburgallee

Kulturbund der Juden in Danzig Lieder- und Artenabend Alexander Kipnis

Vorverkauf: Weichselbuchhandlung, Holzmarkt 15

Werbeabend der Freien Turnerschaft Danzig am Mittwoch, den 22. April 1936, um 19 Uhr im großen Saal des „Danz. Polak“.

15 Jahre Sportverein Bürgerwiesen Am Sonntag, dem 3. Mai 1936, feiert der Verein im Lokal „Café Bischofshöhe“ sein 15-jähriges Bestehen.

Bruno Schlege Dentist jetzt Altst. Graben 48 (Nähe Fischmarkt) Zu allen Kassen zugelassen.

Danziger in Berlin logieren gut und billig Privotages L. Stadhagen Berlin NW 7. Am Zirkus 4 Am Bahnhof Friedrichstr. Telefon D. 2. 87-43

Damen-Fahrrad Verkauf, verkehrsamt, nur in erstklassigem Zustande sofort gegen Barzahlung zu kaufen gesucht.

Wir? Kränze u. Blumen zum Marktpreis Nur 1. Damm Nr. 10. Kleider, Hüte, Blusen, Kostüme, etc.

Offene Stellen Bedarfes Personalisten

Zuvermieten Ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

Wohn-Gesuche Einem Herrn, ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

Möbel-Sonderangebot! Einem Herrn, ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

Einem Herrn, ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

Verschiedenes Für 1 Gulden werden Plagen, etc.

Plattein Einem Herrn, ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

In Offer Einem Herrn, ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

Verkaufe Einem Herrn, ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

Büromöbel Einem Herrn, ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

Ankäufe Einem Herrn, ein Zimmer, ein Badezimmer, ein Kuchenschrank, ein Wasserkloß.

Unsere werten Lesern, Inserenten und Geschäftsfreunden zur Kenntnisnahme, daß an jedem Sonnabend 8.30 Uhr Anzeigenschluß ist. Wir bitten daher, möglichst schon am Freitag Inseraten-Anträge für die Sonnabend-Ausgabe anzugeben.